

MEHR GRUN FÜR ESSEN.

Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020

ZUKUNFT IST JETZT!





Hiltrud Schmutzler-Jäger & Rolf Fliß Ein starkes Team für Essen

MEHR GRÜN FÜR ESSEN.



INHALTSVERZEICHNIS

	PRÄAMBEL	∠
1.	HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK	10
2.	MESSE / WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG / NETZPOLITIK	14
3.	PERSONALPOLITIK FÜR DIE STADT ESSEN	16
4.	REGIONALE KOOPERATIONEN	17
5.	ESSEN IN EUROPA UND DER EINEN WELT	18
6.	ÖKOLOGIE	19
7.	KLIMASCHUTZ UND ENERGIEPOLITIK	20
8.	NATUR- UND TIERSCHUTZ	23
9.	ÖKOLOGISCHE ABFALLENTSORGUNG	25
10.	STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG	26
11.	VERKEHR	28
12.	POLITIK FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL	34
13.	GENDERPOLITIK	35
14.	INTEGRATION UND MIGRATION	38
15.	POLITIK FÜR LESBEN UND SCHWULE	41
16.	ORDNUNGSPOLITIK	42
17.	RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS BEKÄMPFEN	44
18.	BILDUNGSPOLITIK	45
19.	POLITIK FÜR EINE JUGENDGERECHTE GROSSSTADT	49
20.	POLITIK FÜR ÄLTERE MENSCHEN UND BEI PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT	51
	POLITIK FÜR FAMILIEN UND KINDER	
22.	SOZIALPOLITIK	56
23.	KULTURPOLITIK	58
24.	FREIZEIT UND SPORT	61
25.	GESUNDHEIT, ERNÄHRUNG UND BEWEGUNG	65
	WIR MÖCHTEN IN DEN STADTRAT EINZIEHEN MIT:	67

PRÄAMBEL

DEMOGRAFISCHER WANDEL ALS CHANCE UND HERAUSFORDERUNG

Essen als Stadt mitten im Herzen des Ruhrgebiets befindet sich in einem steten Wandel. Alle Prognosen gehen von einem weiteren Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahrzehnten aus, auch wenn die Bevölkerungszahl in Essen zuletzt dank ausländischer Studierender und Zuwanderinnen und Zuwanderer leicht gestiegen ist. So bleibt auch in Essen insgesamt der Trend zu einer weiter schrumpfenden und auch zunehmend bunter und älter werdenden Bevölkerung bestehen. Auf diesen demografischen Wandel muss sich kommunale Stadtplanungs-, Schul- und Bildungs- sowie Integrationspolitik gleichermaßen einstellen. Wir wollen diese demografische Veränderung gestalten. Einerseits wollen wir uns dafür einsetzen, dass Essen als moderne und weltoffene Stadt Zuwanderinnen und Zuwanderern mit einer ausgeprägten Willkommenskultur begegnet. Andererseits muss sich die städtische Infrastruktur auf den demografischen Wandel und die sich verändernden Freizeit-, Gesundheits- und Wohnbedürfnisse einstellen.

VIELFALT FÖRDERN – GEMEINSAMKEITEN STÄRKEN

Essen ist eine internationale Stadt. Fast jedes zweite Kind in Essen hat einen Migrationshintergrund. Die Menschen kommen aus den unterschiedlichsten Motiven zu uns, sei es, weil sie hier studieren oder arbeiten oder weil sie bei uns um Asyl bitten. Wir setzen uns für eine Willkommenskultur für alle diese Menschen ein. Deshalb haben wir uns dafür stark gemacht, ein Welcome Center einzurichten. Wir wollen dies zukünftig für alle zugezogenen Bürgerinnen und Bürger geöffnet wissen, egal ob sie aus dem In- oder Ausland zu uns nach Essen ziehen. Mehrsprachige Kindertagesstätten und international aufgestellte öffentliche Einrichtungen sind weitere Bausteine dieser Willkommenskultur. Ein vielfältiges Kulturangebot kann dabei als Vermittler wirken und zur Bildung auf allen Seiten beitragen. Wir fördern und fordern daher ein breitgefächertes kulturelles und soziales Angebot, an dem alle Bürgerinnen und Bürger partizipieren und dort ihre Gemeinsamkeiten stärken können. Entschieden werden wir uns auch weiterhin gegen Fremdenhass und Diskriminierung wehren. In unserer Stadt gibt es keinen Platz für Stammtischparolen und Hetze gegen Migrantinnen und Migranten oder Asylbewerberinnen und Asylbewerber.

NACHHALTIGE FINANZPOLITIK SCHAFFT DIE BASIS FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Trotz guter Steuereinnahmen des Bundes stecken die Ruhrgebietsstädte und damit auch Essen nach wie vor in einer äußerst schwierigen Finanzlage. Dies zeigt allein die Verschuldung der Stadt Essen von 3,3 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 5.700 Euro je Einwohnerin/Einwohner. Um für nachfolgende Generationen überhaupt noch Entscheidungsund Handlungsspielräume zu schaffen, haben wir die städtische Haushaltspolitik zusammen mit CDU, FDP und EBB in den letzten Jahren maßgeblich gestaltet und sichtbare Konsolidierungserfolge erzielt, auch wenn uns dabei nicht jede Entscheidung leicht gefallen ist. Sogar ein Haushaltsausgleich schien absehbar möglich zu sein. Nun machen allerdings massive Einnahmeeinbrüche durch deutlich geringere Gewerbesteuern, RWE- Dividendenrückgänge oder geringere Zuweisungen von Bund oder Land die Hoffnung auf den für 2016 geplanten Haushaltsausgleich zunichte. Damit wird entgegen bisheriger Annahmen des Kämmerers zunehmend deutlich, dass die städtischen Finanzen nicht nur ein Ausgaben-, sondern vor allem ein Einnahmenproblem ha-

ben, das wir kommunal nur begrenzt steuern können. Anders als vom Land ist vom Bund jedoch kaum mit der dringend benötigten Finanzhilfe zu rechnen. Die rot-grüne Landesregierung hat seit dem Regierungswechsel im Jahr 2010 viele wichtige Impulse zur Verbesserung der Haushaltslage gesetzt. Allein durch die Erhöhung der Gemeindefinanzierung und eine Veränderung der Ausgleichsstrukturen bekommt Essen 60 Millionen Euro mehr finanzielle Unterstützung im Jahr. Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen setzen SPD und GRÜNE einen umfassenden Konsolidierungsplan in NRW um, durch den Essen mit rund 90 Millionen Euro jährlich den größten Anteil an Unterstützungshilfen aller Ruhrgebietskommunen erhält. Die große Koalition in Berlin löst dagegen noch nicht einmal ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zur Entlastung der Kommunen bei den Sozialkosten ein. Um Einrichtungen der Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten und dem Sanierungsstau zu begegnen, werden wir uns in den nächsten Jahren auch dem Thema Erhöhung kommunaler Steuern nicht verschließen können. Allerdings sind natürlich auch hier Grenzen gesetzt, da der Haushalt schlichtweg nicht durch Steuererhöhungen allein saniert werden kann.



MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Wir stehen für eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger in wichtige Entscheidungsprozesse einbindet und mit guten Argumenten und nachvollziehbaren Konzepten für Mehrheiten wirbt. Die Vielzahl der Bürgerbegehren in Essen (Neubau einer Philharmonie, Masterplan Sport, gegen Privatisierung städtischen Eigentums etc.) zeigt, dass sich die Menschen in Essen an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligen möchten. Dies hat gerade auch die hohe Wahlbeteiligung beim Messe-Bürgerentscheid in der komplexen Frage eines Messe-Neubaus gezeigt. Wir begreifen Partizipation aber noch viel weiter gehend. So müssen Menschen über alle wichtigen Bauvorhaben frühzeitig informiert und an Planungsprozessen möglichst umfassend beteiligt werden.

FÜR EINE MODERNE UMWELT-, PLANUNGS- UND MOBILITÄTSPOLITIK

Essen ist eine Großstadt, für die eine moderne Verkehrsinfrastruktur essenziell ist. Dazu zählt eine gute regionale wie auch überregionale Verkehrsanbindung im Schienenverkehr. *Genauso müssen wir den innerstädtischen öffentlichen Nahverkehr konsequent weiter entwickeln und dabei auch die Barrierefreiheit mehr in den Vordergrund stellen.* Überkommene Autobahnprojekte wie den Ausbau der A52 und der A44 (Ruhralleetunnel) haben wir aus (städte)planerischen, ökologischen und finanziellen Gründen verhindert. Denn diese Großprojekte könnten ohnehin auch aus ökonomischen Gründen in absehbarer Zeit von Land und Bund nicht umgesetzt werden, auch wenn IHK, CDU und Teile der SPD wieder den Versuch starten, die A52 doch noch in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen. Dieses Unterfangen halten wir für rückwärtsgewandt und sehen auch angesichts knapper Kassen die Notwendigkeit für eine pragmatische und zukunftsweisende Verkehrswende. Innerstädtische und regionale Verkehrsprobleme werden nicht über teure Autobahnen gelöst. *Mobilität und der Schutz vor Lärm und Schmutz muss ein wichtiger Baustein städtischer Verkehrspolitik sein.*

FREIRÄUME NUTZEN, ESSEN ENTWICKELN

Obwohl die Bevölkerung in Essen aufgrund des demografischen Wandels zurückgeht, steigt der Flächenbedarf stetig. Wir GRÜNE wollen die Chancen des Rückgangs für eine zukunftsweisende Stadtentwicklung nutzen. Dazu gehören Flächen zur Naherholung im unmittelbaren Wohnumfeld ebenso wie unterschiedliche Wohnkonzepte (z. B. alternative Wohnformen, Klimaschutzsiedlungen etc.). Gerade das innerstädtische Wohnen ermöglicht die engere Verzahnung von Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit. Ein wichtiger Faktor in der Stadtentwicklung muss der Erhalt und die Weiterentwicklung der Stadtteilquartiere sein, die gerade in dicht besiedelten Wohnquartieren auch die Grünflächenentwicklung berücksichtigen müssen. Stadtplanung hat nach Auffassung der Grünen auch die Aufgabe, durch gezielte Wohnbaupolitik erkennbaren Segregationstendenzen in bestimmten Stadtteilen und -quartieren entgegenzuwirken und zu einer ausgewogenen Mischung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen beizutragen. Gleichwohl erkennen GRÜNE den Bedarf nach Gewerbe- und Wohnbauflächen an und werden deshalb darauf achten, dass es nicht zu Gewerbeansiedlungen auf der grünen Wiese kommt und die neuen Wohnbaulandflächenausweisungen nicht zu einer Zersiedelung der letzten Freiflächen dieser Stadt führen. Noch stärker als bisher gilt es, Wissenschaft und Kreativwirtschaft als Impulsgeber für die ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung unserer

Stadt in den Blick zu nehmen. Essen und das Ruhrgebiet wollen wir als Region der Kreativität, der Innovationen und des lebenslangen Lernens positionieren und profilieren. Eine Stadtplanung kann und muss hier wichtiger Impulsgeber und gestaltendes Element sein. Dabei ist die Kompetenz der Essener Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Letztlich muss das Wohl der Essenerinnen und Essener im Fokus stehen.

ENERGIEZUKUNFT GESTALTEN STATT VERGANGENHEIT ZU VERWALTEN

Die Herausforderungen in der Energiepolitik sind eher größer als kleiner geworden. Eine völlig überforderte Bundesregierung brauchte zum Umdenken in der Energiepolitik erst die Katastrophe von Fukushima, die die unkalkulierbaren Risiken der Atomkraft erneut deutlich gemacht und die Umwelt in bisher noch ungeklärtem Ausmaß und auf unabsehbare Zeit verseucht hat. Nachdem CDU und FDP noch im Jahr 2010 Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke beschlossen hatten, wurde nun eiligst ein neues Ausstiegsprogramm beschlossen. Das Hin und Her in der Energiepolitik und der mangelnde Wille bei den großen Oligopolen in der Energiewirtschaft endlich umzusteuern, führt nun zu massiven Verwerfungen. Die Aktienwerte von RWE fielen in den Keller, Alternativen werden nach wie vor blockiert. Dabei muss es heute darum gehen, der Energiewende auf allen Ebenen neuen Schwung zu verleihen, Klimaschutz zu stärken und die Kosten fair zu verteilen. Städte wie Essen können hier Zukunftsimpulse setzen und erhalten. Wir GRÜNE setzen uns auf kommunaler Ebene für eine nachhaltige Politik ein. Wir wollen die Probleme unserer Stadt in den Griff bekommen und die Potenziale nutzen.



LEBEN IN EINER INKLUSIVEN GESELLSCHAFT – GLEICHBERECHTIGT, SELBSTBESTIMMT, MITEINANDER

Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der nicht die soziale Herkunft, sexuelle Identität, ethnische Wurzeln oder körperliche oder geistige Beeinträchtigung über die Zukunft von Kindern entscheiden, sondern deren Wünsche und Potenziale. Jeder Mensch soll die gleichen Chancen haben, das eigene Leben selbst gestalten zu können. Kinder müssen dabei endlich in den Mittelpunkt unserer Gesellschaft rücken. Wir wollen die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu einer inklusiven Gesellschaft ohne Ausgrenzung umsetzen – zusammen mit den Betroffenen. Dabei verstehen wir Inklusion als Querschnittsaufgabe – sie betrifft alle Politikbereiche und alle Lebensphasen vom Kleinkind bis zum älteren Menschen. Wir GRÜNE möchten Rahmenbedingungen schaffen, die es allen Menschen ermöglichen, selbstbestimmt und eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Hilfsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen müssen am individuellen Bedarf ausgerichtet werden. Wir setzen auf den Grundsatz "ambulant vor stationär" und wollen Projekte fördern, die Menschen mit Behinderungen trotz einer Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit größtmögliche Freiheit und Eigenständigkeit gewähren.



MEHR GRÜN FÜR ESSEN

Wir werben am 25. Mai um Ihre Stimmen für starke GRÜNE im Rat und in den Bezirksvertretungen. Denn nur mit GRÜNEN wird es eine nachhaltige Haushaltspolitik geben, die zugleich verhindert, dass unsere Stärken, z.B. im kulturellen, sportlichen, ökologischen und sozialen Bereich, kaputt gespart werden.

Starke GRÜNE sind auch ein Garant dafür, dass die Menschen in dieser Stadt ernst genommen werden. Lobbyismus und Klientelpolitik müssen durch Entscheidungen, an denen ein möglichst großer Teil der Bevölkerung teilhaben kann, zurückgedrängt werden.

Wir setzten nach der Kommunalwahl nicht auf ein bestimmtes Parteienbündnis, sondern werden auf der Grundlage des Wahlergebnisses überlegen, mit wem wir unsere Ziele zum Wohle der Stadt umsetzen können.



WIR BITTEN SIE DAHER AM 25. MAI 2014 UM IHRE STIMME:

Für die GRÜNE Direktkandidatin bzw. den GRÜNEN Direktkandidaten für den Rat, denn diese Stimme ist gleichzeitig die Stimme für eine starke GRÜNE Fraktion im Rat der Stadt Essen!

Für die GRÜNE Bezirksvertretungsliste!
Für starke GRÜNE bei der Europawahl!
Für starke GRÜNE im Integrationsrat!

1. HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

WIR GRÜNE HABEN MASSGEBLICH DAZU BEIGETRAGEN, DASS DER ESSENER STADTHAUSHALT HANDLUNGSFÄHIG BLEIBT UND NICHT IN EINE ÜBERSCHULDUNG ABRUTSCHT.

Uns GRÜNEN ist es gelungen, den von der Linken an die Wand gemalten Kahlschlag im Sozial-, Bildungs-, Jugend- und Kulturbereich zu vermeiden. Trotz aller Konsolidierungserfordernisse haben wir im Haushalt Prioritäten und Schwerpunkte gesetzt: zum Beispiel für den Erhalt der Stadtteilbibliotheken, für mehr Mittel für die freien Kultureinrichtungen, für den Erhalt von Jugendhilfe, Suchthilfe und Frauenhaus, für die energetische Sanierung von Schulen und für mehr Mittel zur Sanierung von Schwimmbädern. Unter maßgeblicher Beteiligung der GRÜNEN wurden in den letzten Jahren in Essen wichtige Investitionen in die Sanierung von Schulen, Kitas, Sportanlagen und andere städtische Immobilien getätigt.



Durch unseren großen Einsatz für den Bürgerentscheid gegen den Teil-Neubau der Messe Essen haben wir maßgeblich mitgeholfen, die Stadt vor einer gigantischen Fehlinvestition von weit mehr als 123 Millionen Euro zu bewahren.

Ziel grüner Haushaltspolitik ist es, die weiterhin notwendige Haushaltssanierung nachhaltig und gerecht zu gestalten. Allerdings haben wir nach Jahren harten Sparens inzwischen eine Situation erreicht, die ein Sparen ohne echten Leistungsverzicht unmöglich macht. Dies lässt sich gut am ungeheuren Sanierungsstau in der kommunalen Infrastruktur und beim Fehlbedarf städtischer Beteiligungen erläutern:

- Der jährliche Modernisierungs- und Sanierungsbedarf für alle städtischen Gebäude beträgt rund 77
 Millionen Euro. Doch das Budget der städtischen
 Immobilienwirtschaft in Höhe von jährlich ca. 38 Millionen Euro reicht fast nur noch für Maßnahmen des
 Brandschutzes und der Verkehrssicherungspflicht.
- Den Essener Sport- und Bäderbetrieben fehlen trotz Schließung von Bädern und Sportanlagen ab 2015 jährlich rund 3,7 Millionen Euro. Es besteht jetzt schon eine Mangelwirtschaft und keine Möglichkeit, die bestehende Sportinfrastruktur nachhaltig zu bewirtschaften. Wie allein die dringend erforderliche Generalsanierung des Grugabades für 14 Millionen Euro gestemmt werden soll, ist völlig offen.
- Die Essener Verkehrs-AG (EVAG) hat einen Erneuerungsbedarf von ca. 350 Mill. Euro in den nächsten 10 Jahren. Den in der EVV gemeinsam organisierten städtischen Beteiligungsgesellschaften (u.a. EVAG, Allbau, Stadtwerke) fehlen voraussichtlich insgesamt 100 Mill. Euro bis zum Jahr 2018, die nicht einfach durch Einsparungen erwirtschaftet werden können.

Auch der städtische Eigenbetrieb "Grün und Gruga Essen" ist stark unterfinanziert.
 Notwendig wären z.B. zusätzliche Investitionen in einem Umfang von jährlich rund 4-5
 Millionen Euro in die Sanierung und Erneuerung von Spiel- und Bolzplätzen, Park- und Gartenanlagen, Radwegen oder den Grugapark.

Gleichzeitig brechen dem städtischen Haushalt fest eingeplante Einnahmen weg. Mindereinnahmen von voraussichtlich 34 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer, 19 Millionen Euro bei der RWE-Dividende und 19 Millionen. Euro bei den Stärkungspaktmitteln des Landes im Jahr 2014 haben bereits den Plan eines Haushaltsausgleiches bis zum Jahr 2016 zu Nichte gemacht. Ein noch viel entscheidenderer Einschnitt in der kommunalen Haushaltspolitik ist nun mit der lange verdrängten Wertkorrektur bei den Aktien erfolgt, die die Stadt Essen bzw. ihre Töchter beim Essener Energiekonzern RWE hält. Dies hat dazu geführt, dass das Eigenkapital der Stadt Essen schlagartig um 680 Mio. Euro auf nur noch 15,4 Mio. Euro Ende 2013 geschrumpft ist und in den nächsten Jahren eine Überschuldung der Stadt droht.

Umso enttäuschender ist es, dass CDU/CSU und SPD auf Bundesebene ihre Versprechen zur substanziellen Entlastung der Kommunen brechen. So will die große Koalition erst ab 2018 die bereits von der schwarz-gelben Bundesregierung im Rahmen des Euro-Rettungspakets gegebenen Versprechen zur Übernahme der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen in Höhe von fünf Milliarden Euro umsetzen. Damit entgehen Essen jährlich rund 50 Millionen Euro an Finanzhilfen des Bundes. Eine Soforthilfe für die Kommunen will die große Koalition statt, wie ursprünglich angekündigt, 2014, erst ab 2015 zahlen. Selbst bei der Schulsozialarbeit lässt der Bund die Kommunen hängen.

Der rot-grünen Landesregierung haben wir wichtige Impulse zur Verbesserung der Haushaltslage zu verdanken. Allein durch die Erhöhung der Gemeindefinanzierung und eine Veränderung der Ausgleichsstrukturen bekommt Essen gut 60 Millionen Euro mehr Geld pro Jahr. Essen ist außerdem mit insgesamt rund 550 Mio. Euro NRW-weit der größte Empfänger von Landesmitteln zum Abbau von Altschulden (sog. "Stärkungspaktmittel").

STADT ESSEN HAT EIN EINNAHMEPROBLEM

Stadtkämmerer Lars Martin Klieve hat auf die nicht einkalkulierten drastischen Mindereinnahmen mit der Verhängung einer Haushaltssperre im Oktober 2013 für das verbleibende Jahr 2013 und ab Januar 2014 für das laufende Haushaltsjahr reagiert. Damit wurde der Politik faktisch jeglicher finanzpolitischer Handlungsspielraum genommen mit einem fragwürdigen Ergebnis, was das Einsparpotenzial anbetrifft. Denn eine Haushaltssperre bedeutet einen riesigen bürokratischen Aufwand. Der gleiche Einspareffekt ließe sich durch eine pauschale Kürzung von Haushaltsansätzen erzielen, ohne dabei jedoch die Kommunalpolitik zu entmündigen. CDU, FDP, EBB halten nichtsdestotrotz unverdrossen an dem fragwürdigen Instrument der Haushaltssperre fest. Auch die SPD hat, um ihren SPD-Oberbürgermeister nicht zu düpieren, zugestimmt, fasst aber trotzdem haushaltsrelevante Beschlüsse. Die LINKEN üben sich, wie gewohnt, in Totalopposition und lehnen aus ideologischen Gründen sogar die 550 Millionen Euro an Stärkungspakthilfen des Landes für die Stadt Essen zum Abbau der Altschulden ab. Mit den Einbrüchen bei den Einnahmen aus Gewerbesteuer und RWE-Dividende und ange-

sichts unterlassener Hilfen seitens des Bundes steht für uns GRÜNE fest: die Stadt Essen hat vor allem ein Einnahmeproblem und weniger ein Ausgabenproblem. Nachhaltige Finanzpolitik besteht für uns GRÜNE daher aus einem Spagat zur maßvollen Erhöhung der Einnahmesituation, notwendigen Investitionen in allen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und einer weiterhin sparsamen Ausgabenpolitik.

Darüber hinaus werden wir uns auch im Sport- und im Kulturbereich Gedanken darüber machen müssen, wie wir die Zukunft in dieser Stadt sichern können. Denn beide, der Sport und auch die Kultur, haben in den letzten Jahren immense Einsparungen generiert und sind nun an einem Punkt angekommen, wo es darum geht entweder weiter Bäder oder aber eine Sparte der TUP zu schließen, wenn Politik sich nicht bereit erklärt, hier strukturelle finanzielle Unterstützung anzubieten.

Dieser Aufforderung nach einem nachhaltigen Wirtschaften und der Generierung von Einsparpotenzialen ist die Messe im Vergleich zu unseren anderen Beteiligungen bisher leider nicht nachgekommen. Stattdessen gab es die jetzt über den Bürgerentscheid gekippte Variante Messeplanung von 123 Millionen Euro mit weiteren zahlreichen Unbekannten und erkennbaren Risiken. Gerade deshalb war es wichtig, dass die Menschen in dieser Stadt die Planung von SPD, CDU, FDP und EBB gestoppt haben. Es wurde nicht der Sanierungsprozess gestoppt, sondern eine nicht ausreichend belegte Einzelmaßnahme mit immens hohen Kosten. GRÜNE Politik setzt sich ein für sinnvolle und nachhaltige Investitionen, denn nur eine Stadt, die die richtigen Schwerpunkte setzt und auch nur da investiert, wird auch auf Dauer zukunftsfähig sein.





IN ZUKUNFT INVESTIEREN

Wir GRÜNEN werden uns dafür einsetzen, dass tatsächlich zuerst in Bildung, in Kindertagesstätten und in Sport-, Kultur- und Freizeitanlagen investiert wird. Auch diese Planungen müssen auf nachvollziehbare Zukunftsplanungen aufsetzen, die eine Schulentwicklungsplanung und eine Fortschreibung des Masterplans Sport notwendig macht. Wir müssen dabei das Erbe einer Politik abtragen, die gerne in Neubauten investiert hat, sich aber um den Unterhalt nicht kümmerte. Eine Verwahrlosung unseres Gebäudebestandes können wir uns auch wegen des Werteverzehrs nicht leisten. Eine zurückgehende Bevölkerung erfordert auch einen qualitativ wie quantitativ geordneten Rückbau. Wir werden den Weg weiter gehen, Infrastruktur zu sanieren und zu erneuern, die wir auf Dauer brauchen, aber uns auch der Verantwortung stellen, Standorte zu schließen, die nicht mehr benötigt werden. Dies schließt auch eine neue Sanierungsplanung für die Messe ein.

Wir werden uns dafür einsetzen, das Budget der Immobilienwirtschaft zur Bauunterhaltung sowie das Budget von Grün und Gruga zur Unterhaltung unserer Grünanlagen zu erhöhen, um die notwendigen Grünpflege-, Gebäudeinstandhaltungs- und Sanierungsarbeiten mittelfristig umzusetzen. Dabei geht es auch um einen Werterhalt unseres städtischen Kapitals. Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die energetische Sanierung, die mittelfristig hilft Betriebskosten zu sparen.

Wir GRÜNEN wollen mit dafür sorgen, dass Schulen nicht nur sicherheitstechnisch erhalten sondern konsequent zukunftsfähig saniert und modernisiert werden. Auch hier ist daher eine Planung erforderlich, die Standorte ausbaut, die auf Dauer zu erhalten sind und die Anforderungen für ein längeres gemeinsames Lernen erfüllen.

Wir werden auch nach der Wahl konsequent für eine umfassende Betreuungs- und Infrastruktur in unserer Stadt arbeiten. Der Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren muss ebenso fortgesetzt werden, wie der Rechtsanspruch für über drei Jährige weiterhin erfüllt werden muss.

Den erfolgreichen Weg des Masterplans Sport, den wir gegen den Widerstand von zahlreichen Kirchturmspolitikerinnen und -politikern angestoßen haben, werden wir konsequent weiter verfolgen.

Wir wollen mehr als fünf Millionen jährlich in Sportanlagen investieren und gleichzeitig Sportanlagen zusammen legen, damit Sportvereine lebensfähig bleiben und Gelder für die Sanierung vorhandener Anlagen verwendet werden können.

Der Sport hat genauso wie die Kultur in den letzten Jahren immense Einsparungen generiert. Beide Bereiche sind nun an einem Punkt angekommen, wo es nicht mehr darum geht, weitere Einsparpotenziale zu suchen, da hier das Mögliche bereits umgesetzt wurde oder wird. GRÜNE sehen auch hier die große Gefahr, dass für eine lebens- und liebenswerte Stadt notwendige Infrastruktur auf Dauer zerstört werden könnte. Wir wollen dies verhindern und werden uns deshalb für eine strukturell bessere Finanzausstattung der Sport- und Bäderbetriebe und der Kultur einsetzen.

2. MESSE / WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG / NETZPOLITIK

BEI DER STÄDTISCHEN TOCHTER MESSE ESSEN HABEN WIR VERGLEICHBARE EINSPARANSTRENGUNGEN WIE BEI DER TUP ODER DEN SPORT- UND BÄDERBETRIEBEN IN DEN LETZTEN JAHREN VERMISST.

Auch dem vom Bürgerentscheid gekippten Plan eines Teilneubaus der Messe Essen für 123 Mill. Euro fehlte ein nachhaltiges Wirtschaftlichkeitskonzept. Dieser mit riesigen Kostensteigerungsrisiken versehene neue Messebau hätte auch nicht zur Verringerung des jährlichen Subventionsbedarfs von 13,5 Mill. Euro geführt, im Gegenteil, dazu wäre der Zuschussbedarf wohl eher noch gestiegen. Gerade deshalb war es wichtig, dass die Menschen in dieser Stadt die Planung von SPD, CDU, FDP und EBB gestoppt haben. Damit wurde nicht der Sanierungsprozess an sich gestoppt, denn jetzt wird eine neue Messeumbauplanung auf den Tisch kommen, bei der GRÜNE mit dafür Sorge tragen werden, dass es zu einer deutlich kostengünstigeren, wirtschaftlich vertretbaren und zukunftsfähigen Messeertüchtigung kommen wird.

Wir GRÜNEN stehen zu einer maßvollen Entwicklung der Messe Essen. Die Investition muss auf einen sinnvollen und nachhaltigen Businessplan aufgesetzt werden, der sicherstellt, dass die Subventionen der Stadt zurückgehen und ein Erhalt der Messe gewährleistet bleibt. Jede städtische Gesellschaft, insbesondere, wenn sie nicht zum Kernbereich der Daseinsvorsorge gehört, muss städtische Zuschüsse, seien es Investitionszulagen oder Verlustausgleiche, in besonderer Weise rechtfertigen, da dies das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist. Aus diesen Mitteln müssen eben auch alle anderen wichtigen Investitionen finanziert werden. Wir müssen dabei auf eine Kooperation mit den anderen Städten ebenso Wert legen wie qualitativ hochwertige Konzepte, die dem Umstand Rechnung tragen, dass Essen nicht mit seiner Masse, sondern mit seiner Qualität glänzen muss. Einen Standortwettbewerb um die höchsten Subventionen oder den größten Infrastrukturausbau eines Messestandortes kann Essen nicht gewinnen und sollte diesen Versuch auch gar nicht erst starten.

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

GRÜNE Wirtschaftspolitik fördert nachhaltiges und energieeffizientes Wirtschaften und damit zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Im Wettbewerb der Städte wächst die Bedeutung "weicher Faktoren": Weltoffenheit, soziale Integrationsfähigkeit, ein breites Kulturangebot, gute Bildungsangebote und Kinderbetreuung, urbane Lebensqualität und nicht zuletzt gute Umweltbedingungen sind diese Faktoren, die darüber mit entscheiden, ob Essen für kreative und innovative Menschen und Unternehmen attraktiv bleibt.

Wir GRÜNE stehen für eine Wirtschaftsförderung, die im Einklang steht mit Umwelt und sozialer Gerechtigkeit. Die Verbindung von Ökonomie und Ökologie eröffnet neue Chancen, gerade auch für unsere Stadt. Insbesondere im Energie-Sektor bietet der Wirtschaftsstandort Essen hervorragende Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung seiner Kompetenzen. Dienstleistungen im Bereich der Energieeffizienz bzw. der Erzeugung erneuerbarer Energien bieten ein

riesiges Betätigungsfeld für Essener Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Essen sollte allerdings auch sein Profil als Stadt der Bildung, der Gesundheit und der Kreativwirtschaft weiter schärfen. Gleichzeitig gilt es, das wachsende Feld des Städtetourismus in Essen zu stärken.

Wir wollen den Wandel der Stadt Essen von einer Stadt der großen Konzerne hin zu einer Stadt der ökonomischen Vielfalt mit mehr mittelständischen Unternehmen und Kleinunternehmen mitgestalten. Der Mittelstand ist im Gegensatz zu Großunternehmen besser in der Lage, sich schnell und flexibel auf neue Herausforderungen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen einzustellen und so auch neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Bei der Wirtschaftsförderung sollte daher ein besonderer Akzent auf die Förderung mittelständischer und innovativer Strukturen gelegt werden. Wir wollen Existenzgründerinnen und Existenzgründern durch ein Angebot von Kleinkrediten ebenso helfen wie durch effektive Beratungsstrukturen. Hierbei muss das Potenzial der regionalen Bildungslandschaft, angefangen vom Campus Essen, aber auch deutlich über die Stadtgrenze hinaus genutzt werden.

Wir wollen den sehr gut aufgestellten Wirtschaftssektor der "ethnischen Ökonomie" in Essen weiter stärken und fördern, was gerade auch Menschen mit Migrationshintergrund mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet. Nach Auffassung der GRÜNEN sollten die Synergieeffekte bei einer Zusammenführung der "Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft" (EWG) und der "Essener Marketinggesellschaft" (EMG) überprüft werden, um Wirtschaft und Marketing auf kommunaler Ebene und mit unseren Nachbarstädten besser zu verzahnen.

GRÜNE NETZPOLITIK

Wir setzen uns dafür ein, in Schulen und in der Verwaltung verstärkt freie und offene Software zu nutzen. Freie, offene und unabhängige Infrastruktur der Informationstechnik entspricht aus GRÜNER Sicht dem digitalen Zeitalter und ist eine Alternative zu klassischen Softwarelösungen großer Konzerne. Offene Software hat den Vorteil kostengünstiger und weniger störanfällig zu sein und spiegelt auch eine neue Kultur der Informationsgesellschaft wider. Wir wollen die Voraussetzung zum Einsatz freier Software sowie der anwenderfreundlichen Anpassung schaffen. Außerdem machen wir uns stark für eine Vermittlung notwendiger Kenntnisse für die Nutzerinnen und Nutzer.

Für die GRÜNEN ist der technische Zugang zum schnellen Internet (Breitbandversorgung) eine Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und politische Partizipation aller Menschen. Wir setzen uns daher für ein möglichst flächendeckendes Breitbandnetz ein. Darüber hinaus fordern die GRÜNEN in Essen ein freies W-LAN an öffentlichen Orten wie im Rathaus oder in U-Bahnen ein. Für die rechtlich schwierige Situation der "Störerhaftung", die in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland einmalig ist, gibt es inzwischen legale und praktikable Lösungen, wie das Freifunk-Netz.

3. PERSONALPOLITIK FÜR DIE STADT ESSEN

WIR GRÜNE STEHEN FÜR EINE FAMILIENFREUNDLICHE PERSONALPOLITIK MIT BESONDEREM AUGENMERK AUF DER BEACHTUNG VON DIVERSITÄT UND DER FÖRDERUNG VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND.

Diversity Management (Vielfaltsmanagement) muss Leitlinie der städtischen Personalpolitik werden. Dabei geht es nicht nur darum, die individuelle Verschiedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu respektieren, sondern sie soll im Sinne einer positiven Wertschätzung besonders hervorgehoben und nutzbar gemacht werden. Die konsequente Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes NRW sehen wir nach wie vor als dringend notwendig an. Die Stadtverwaltung sollte auch eine Vorbildfunktion bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung einnehmen.

Auf GRÜNE Initiative hin werden seit 2012 alle Ausbildungsplätze im Konzern Stadt Essen auch als Teilzeitausbildungsplätze ausgeschrieben. Hierzu haben wir des Weiteren eine gezielte Werbeoffensive der Stadt durchsetzen können. Wir wollen auch das Stellensplitting für Führungspositionen (Amtsleiter/innen, Beigeordnete) ermöglichen. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sollen außerdem mehr Kinderbetreuungsangebote für städtische Bedienstete gemacht und Teilzeitmodelle sowie Mentoringprogramme für Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrer gefördert werden.

Um einen Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu leisten und gleichzeitig den demografischen Veränderungen in der Verwaltung Rechnung zu tragen, wollen wir die Zahl der Ausbildungsplätze erhöhen. Wir fordern auch weiterhin die Einführung des anonymisierten Bewerbungsverfahrens im Konzern Stadt Essen. Ein solches Bewerbungsverfahren ohne Name, Passfoto, Familienstand oder Angabe der Religionszugehörigkeit hilft insbesondere Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte und älteren Menschen bei der Stellensuche.



4. REGIONALE KOOPERATIONEN

DIE STADT ESSEN LIEGT IN DER MITTE DER METROPOLE RUHR, DIE NACH LONDON UND PARIS DEN DRITTGRÖSSTEN BALLUNGSRAUM EUROPAS DARSTELLT.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die 53 Städte der Metropole Ruhr viele Herausforderungen nur gemeinsam meistern können. Im Bereich der Abwasserentsorgung (Emschergenossenschaft) und Wasserversorgung (Ruhrverband) funktioniert die interkommunale und regionale Kooperation seit mehr als 100 Jahren. Mit dem Luftreinhalteplan für die Metropole Ruhr (Umweltzone) wurde in den vergangenen Jahren ein weiteres wichtiges Umweltthema über regionale Konzepte aufgegriffen. Wir unterstützen regionale Ansätze auch beim Klimaschutz (Ausbau der Fernwärmeschiene Ruhr, Klimaschutz-Expo NRW), beim Verkehr (Ruhr-Radschnellweg, bessere Abstimmung der Nahverkehrsangebote), bei der Abfallentsorgung (Vermeidung von Überkapazitäten bei der Müllverbrennung in der Region) bei der Wirtschaftsförderung (Interkommunale Gewerbegebiete) und bei der Kultur (bessere Kooperation der Kultureinrichtungen).



5. ESSEN IN EUROPA UND DER EINEN WELT

WIR WOLLEN DIE STÄRKERE VERBREITUNG VON FAIR-TRADE-PRODUKTEN FÖRDERN UND EINER FAIREN UND ÖKOLOGISCHEN BESCHAFFUNG DEN VORRANG GEBEN.

Auf GRÜNE Initiative hat sich die Stadt Essen erfolgreich um den Titel einer "Fairtrade-Stadt" beworben. Wir wollen, dass fair gehandelte Produkte wie Kaffee, Tee, Schokolade, Sportbälle, Blumen und Textilien aus Fairtrade-Baumwolle noch stärker beworben werden und beim öffentlichen Beschaffungswesen noch mehr Berücksichtigung finden.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Stadt für das Programm "Zukunftsstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung 2015+" der Vereinten Nationen bewirbt.

GRÜNE KOMMUNALE EUROPAPOLITIK

Mehr als 8,4 Mio. Euro fließen allein jährlich von Brüssel nach Essen. Das Kulturhauptstadtjahr 2010 hat die besondere Bedeutung von europäischen Auszeichnungen für Essen gezeigt. An diesen Erfolg wollen wir mit der Bewerbung Essens als "Grüne Hauptstadt Europas" anknüpfen. Essen beteiligt sich seit vielen Jahren an diversen Netzwerken und Initiativen, um das Kli-



ma regional und kommunal zu verbessern und nachhaltig zu schützen. Seit 1993 ist die Stadt Essen Partnerin im "Städtenetzwerk Klima-Bündnis / Alianza del Clima e.V." 2010 ist die Stadt Essen dem "Der Konvent der Bürgermeister" beigetreten, im Rahmen derer sich die beteiligten Städte freiwillig zur Steigerung der Energieeffizienz und Nutzung nachhaltiger Energiequellen verpflichten. 2010 wurde Essen erstmalig als "europäische Energie- und Klimaschutzkommune" mit dem "European Energy Award" ausgezeichnet. Weitere Aktivitäten auf europäischer Ebene erfolgen im Rahmen der Mitgliedschaft bei EUROCITIES oder durch Einrichtung eines Europe Direct Information Center, 2013 hat das Land NRW die Stadt Essen als "Europaaktive Kommune" ausgezeichnet. Diese europapolitischen Aktivitäten der Stadt wollen wir verstetigen und weiter ausbauen.

6. ÖKOLOGIE

WIR WOLLEN UNSERE STADT ZU EINEM ZUKUNFTSLABOR FÜR DEN WANDEL EINER TRADITIONELLEN INDUSTRIEGESELLSCHAFT ZU EINER MODERNEN, KLIMASCHONENDEN METROPOLREGION MIT GRÜNEN KONZEPTEN UND HOHER LEBENSQUALITÄT MACHEN.

Erste Erfolge der Umweltpolitik der letzten Jahre sind bereits sichtbar: Die CO2-Emission im Stadtgebiet ist zwischen 1990 und 2009 um mehr als 23% zurückgegangen. Der Energieverbrauch städtischer Gebäude wurde in den letzten 10 Jahren um 16% gesenkt. Der ÖPNV hat seinen Anteil am Verkehr in den letzten 10 Jahren um etwa 3%-Punkte auf 19% steigern können. Die Luftqualität hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert. Das einwohnerbezogene Haus- und Sperrmüllaufkommen ist seit 2007 leicht rückläufig. Mit einem Grün- und Freiflächenanteil von 53% und mehr als 60.000 Straßenbäumen ist Essen die drittgrünste Großstadt Deutschlands. 34% des Stadtgebietes stehen unter Landschaftsschutz. Der Umbau des Emschersystems als europaweit größtem Renaturierungsprojekt in einem Flussgebiet eröffnet neue stadt- und freiraumplanerische Entwicklungschancen entlang der Gewässerläufe. Vor diesem Hintergrund haben wir uns von Anfang an für eine Beteiligung der Stadt Essen am EU-Wettbewerb "Grüne Hauptstadt Europas" stark gemacht und glauben fest an den Erfolg. Mit der Bewerbungsschrift liegt eine hervorragende Bestandsanalyse aller Bereiche des Umwelt- und Naturschutzes in Essen vor.

Die aufgelisteten Erfolge in der Umweltpolitik wären ohne uns GRÜNE nicht erreicht worden. Starke GRÜNE in Essen sind ein Garant für mehr Umwelt- und Naturschutz zum Wohle aller Essenerinnen und Essener.



7. KLIMASCHUTZ UND ENERGIEPOLITIK

WIR BEKENNEN UNS ZUM IM JAHR 2009 VOM RAT DER STADT ESSEN
BESCHLOSSENEN ZIEL EINER WEITEREN VERRINGERUNG DER CO2-EMISSIONEN
IM STADTGEBIET GEGENÜBER 1990 UM 40% BIS 2020 UND UM 50 % BIS 2030.

Das Gelingen der Energiewende hängt auch von den Weichenstellungen in der Kommune ab. Die Stadt Essen verfügt mit dem Integrierten Energie- und Klimakonzept und seinen darin enthaltenen über 100 Maßnahmenvorschlägen über eine sehr gute konzeptionelle Grundlage beim Klimaschutz. Der Gesamtprozess wird unter der Dachmarke klima|werk|stadt|essen von engagierten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern gesteuert. Wir werden uns für eine auskömmliche Finanzierung und zügige Umsetzung dieser Maßnahmen einsetzen. Basis dafür ist die Sicherstellung einer Folgefinanzierung der Klimaagentur nach 2016.

Bei allen Bauvorhaben sollten die Möglichkeiten zum Energiesparen und zur Nutzung erneuerbarer Energien voll ausgeschöpft werden. Alle Bebauungspläne sollten zukünftig von Anfang an auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Bei städtischen Neubauten wollen wir konsequent die Idee des "Greenbuildings" umsetzen, also Passivhausbauweise, Verwendung erneuerbarer Energiequellen, Regenwassernutzung und Dach- und Fassadenbegrünung.

Um das Ziel einer Reduzierung der CO2-Emissionen um 40% bis 2020 gegenüber 1990 zu erreichen, kommt es insbesondere auf Erfolge bei der Energieeinsparung an. Die städtische Allbau AG, die mit rund 18.000 Wohnungen größte Wohnungsanbieterin Essens ist, leistet mit einer energetischen Modernisierungsquote von jährlich rund 3% des relevanten Wohnungsbestandes bereits Vorbildliches. Das Unternehmen legt dabei viel Wert auf energetische Gebäudequalität, klimaschonende Haustechnik (Solaranlagen, Wärme-pumpen, Heizsysteme mit Brennwerttechnik, kontrollierte Wohnraumlüftung etc.) sowie auf den Einsatz ökologischer Baustoffe. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die städtische Immobilienwirtschaft mit ihrem Bestand von 1.200 Gebäuden in die Lage versetzt wird, ihre jährliche Sanierungsquote von derzeit 1% deutlich zu steigern. Dazu wollen wir ein kommunales Investitionsprogramm zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude (Schulen, Sportstätten usw.) auflegen.

Zur Minderung des überdurchschnittlich hohen Anteils von Nachtspeicherheizungen in Essen (Stromheizungen) soll sich die Stadt für landes- oder bundesweite Anreizprogramme zur Umwandlung in umweltfreundlichere Heizungssysteme einsetzen.

Bereits seit 2009 bietet die Stadt Essen in Kooperation mit dem EnergieSparService der Neuen Arbeit der Diakonie Haushalten, die Sozialleistungen beziehen, eine kostenlose Energieberatung an, um Stromsperren zu vermeiden. Wir GRÜNE haben uns erfolgreich für eine finanzielle Absicherung und Ausweitung dieses Projektes eingesetzt und wollen dies auch weiter tun. Inzwischen konnten 4.200 Haushalte beraten werden, wobei diese Beratung inzwischen allen Essener Haushalten offen steht.

Die NRW-Solarenergie-Potenzialstudie hat großen Nachholbedarf bei der Solarnutzung in Essen gezeigt, nur 1% des Potenzials wird ausgeschöpft. Mit der Solarthermie könnte ein Viertel des Warmwasserbedarfes in Wohngebäuden gedeckt werden und mit dem Solardachkataster der Essener Stadtwerke und der Klimaagentur verfügen wir bereits über eine gute Ausgangsbasis. Nun benötigen wir gemeinsam mit den Stadtwerken eine "Solar-Offensive" mit Öffentlichkeitsarbeit, um mehr Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer für das Thema zu gewinnen und diese Potenziale zu heben.

GRÜNE wollen die Zusammenarbeit der Stadt mit Bürger-Energiegenossenschaften stärken, etwa durch die Überlassung städtischer Flächen für die Errichtung von bürgerschaftlich finanzierten Solar- oder Windkraftanlagen. Die Stromversorgung der Stadtverwaltung wurde durch einen Antrag von uns GRÜNEN auf Ökostrom umgestellt.

Essen verfügt bereits über ein leistungsfähiges Fernwärmenetz, das überwiegend aus dem Müllheizkraftwerk Essen-Karnap gespeist wird. Wir unterstützen das Ziel der rot-grünen Landesregierung zum weiteren Ausbau der Fernwärmeschiene Ruhr. Wir begrüßen die Ankündigung des NRW-Bauministeriums, in Essen in den nächsten Jahren ein CO2-freies "Klima-Quartier" entlang der Fernwärmeschiene Ruhr als Modellprojekt zu fördern. Darüber hinaus sollen Nahwärmenetze mit Kraft-Wärme-Anlagen mit Hilfe der Bauleitplanung gefördert werden. Wir wollen die Essener Stadtwerke zu einem leistungsfähigen, ökologisch orientierten Kommunalunternehmen ausbauen – mit mehr Eigenerzeugung von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energiequellen sowie gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und mit Dienstleistungen zur Energieeinsparung (Contracting).



Spätestens bis Ende 2016 steht eine Entscheidung bezüglich des Erwerbs der restlichen 49% Anteile des Energieunternehmens STEAG (sog. Call-Option) an. Wir setzen uns dabei für die Gewinnung weiterer vorzugsweise kommunaler Anteilseigner ein.

Anfang 2014 hat die Stadt Essen den Konzessionsvertrag für das Essener Stromnetz erneut an RWE vergeben, allerdings unter der Bedingung einer Einbindung der Essener Stadtwerke in das Geschäft. Wir drängen auf eine möglichst umfassende Beteiligung der Stadtwerke beim Netzbetrieb und eine ökologische Ausrichtung des Stromnetzes. Ziel muss ein intelligentes Stromnetz (Smart-Grids) sein, das sämtliche Akteure auf dem Strommarkt durch das Zusammenspiel von Erzeugung, Speicherung, Netzmanagement und Verbrauch in ein Gesamtsystem integriert.

Auch in Essen benötigen wir eine Strategie zur Bewältigung der Folgen des fortschreitenden Klimawandels wie häufigere Hitzeperioden und Starkregenereignisse. Zur Begrenzung der Auswirkungen sollten weiterhin dauerhaft mehr als die Hälfte der Stadtfläche für Grün-, Freiund Wasserflächen zur Verfügung stehen. Auch die Auswahl von Straßenbäumen und die Umwandlung der Essener Waldflächen in langfristig stabile Mischwaldbestände müssen sich an die erwartete künftige Klimaentwicklung anpassen.



8. NATUR- UND TIERSCHUTZ

ESSEN IST MIT 9,2% GRÜNFLÄCHE DIE GRÜNSTE STADT IN NORDRHEIN-WESTFALEN. DIE PFLEGE UND NATURGEMÄSSE BEWIRTSCHAFTUNG DIESER FLÄCHEN STELLEN EINE WICHTIGE AUFGABE DAR.

Wir setzen uns deshalb für eine auskömmliche Ausstattung des städtischen Eigenbetriebes Grün und Gruga ein. Dieser pflegt 718 Grünanlagen, einschließlich Grugapark und kommunaler Friedhöfe, 436 Spielplätze und rund 1750 Hektar Wald.

Wir möchten den Grugapark attraktiver gestalten und weiter entwickeln. Dazu wurden auf Initiative der Grünen im letzten Haushalt der Stadt Essen 250.000 € für das Entwicklungskonzept 2020 eingestellt. Durch diese Summe wird ein Vielfaches an Spenden mobilisiert. Die Einbindung von Initiativen bei der Unterhaltung von Grünflächen soll auch an anderer Stelle ausgebaut werden. So sollen Kooperationsmodelle mit der Wirtschaft und Bürger- oder Naturschutzgruppen, die bereits heute Streuobstwiesen, Parkanlagen oder Spielplätze pflegen oder Schutzgebiete betreuen, weiter gestärkt werden.

Das ehrenamtliche Engagement der Essener Natur- und Umweltschutzverbände, etwa bei der Jugendarbeit, Umweltbildung oder dem Artenschutz ist unverzichtbar. GRÜNE haben sich sehr für die Renovierung der "Voßgätters Mühle" als Naturschutzzentrum der Naturschutzjugend engagiert. Wir unterstützen auch die Mitgliedschaft der Stadt Essen in der Biologischen Station Westliches Ruhrgebiet e.V. im Haus Ripshorst in Oberhausen, die für die Stadt Umweltbildungsmaßnahmen, Kartierungen von Pflanzen und Tieren sowie praktische Naturschutzmaßnahmen durchführt. Im Rahmen des städtischen Handlungsprogrammes "Neue Wege zum Wasser" wurden in den letzten Jahren attraktive neue Rad- und Gehwege geschaffen, Bachläufe naturnah umgestaltet, Teiche und Seen neu angelegt sowie zahlreiche Grünanlagen nachhaltig weiterentwickelt. Wir werden dieses große Erfolgsprojekt weiter unterstützen und auch zukünftig gegen finanzielle Sparvorgaben verteidigen.

Unsere volle Unterstützung findet auch der Umbau der Emscher und ihrer Nebenbäche durch die Emschergenossenschaft. Hier wird das Abwasser zukünftig in geschlossenen Kanälen abgeleitet und der Fluss und seine Nebenläufe werden Schritt für Schritt in naturnahe Gewässer umgebaut. Damit werden derzeit gemiedene Räume in attraktive Erholungsgebiete umgewandelt, die zur Steigerung der Lebensqualität in der Stadt Essen maßgeblich beitragen werden. Urbanes Grün bietet den Menschen in unserem verdichteten Ballungsraum nicht nur Naherholung, sondern zudem die Chance, die Pflanzenwelt zu erfahren und selbst als Gärtner aktiv zu werden. "Urban Gardening"-Initiativen leisten in Gemeinschaftsgärten, interkulturellen Gärten aber auch Schulgärten einen wichtigen Beitrag zur Stadtökologie und Anpassung an den Klimawandel. Wir wollen es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, brachliegende Flächen im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu bewirtschaften. Dabei werden wir uns auch für unkomplizierte Möglichkeiten zur Zwischennutzung einsetzen. Nach dem Vorbild der Stadt Andernach sollen in unserer Vision von "essbaren Quartieren" Nutzpflanzen anstelle teurer

Zierbeete angepflanzt werden und allen Bürgerinnen und Bürgern zur freien Verfügung stehen. Die zahlreichen Kleingärten leisten einen wichtigen Beitrag zur biologischen Vielfalt in Essen, sind aber auch ein wichtiger Erholungs-, Naturerlebnis- und Begegnungsort. Wir unterstützen Ansätze für interkulturelle Gärten, bei denen Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen Gartenparzellen zur Bewirtschaftung bereitgestellt werden.

Der Landschaftsplan Essen aus dem Jahr 1992 bedarf dringend einer Fortschreibung. Dieser Landschaftsplan ist eine entscheidende Grundlage zur Erfassung des Zustandes der Natur in Essen sowie zur handlungsorientierten Weiterentwicklung des Natur- und Landschaftsschutzes. Die Heisinger Ruhraue, ein 150 Hektar großes europaweit bedeutsames Naturschutzgebiet (Natura-2000-Gebiet), bedarf weiterer Pflege. Mit Hilfe eines neuen Pflege- und Entwicklungsplans soll der Erhaltungszustand dieses besonderen Schutzgebietes verbessert werden. Eine Ausweitung der Ruhrschifffahrt zwischen Kupferdreh und Steele durch dieses Gebiet lehnen wir entschieden ab.

Der Schutz von Bienen und Wildbienen ist uns angesichts des dramatischen Bienensterbens ein besonderes Anliegen. Wir setzen uns für eine engere Zusammenarbeit der Imkerinnen und Imker mit der Stadtverwaltung sowie den städtischen Beteiligungsgesellschaften ein. So sollte die Stadt Flächen für Bienenkästen bereitstellen und möglichst viele insektenfreundliche Blühflächen längs von Straßenrändern und Radwegen sowie auf Kreisverkehrsflächen und ökologischen Ausgleichsflächen anlegen.

Auf GRÜNE Initiative wurde der Runde Tisch zum Thema Stadttauben erweitert zu einem Runden Tisch "Wild lebende Tiere in der Stadt". Neben dem erfolgreich von der Essener Jugendhilfe betriebenen städtischen Taubenschlag auf dem ALLBAU-Haus am Kopstadtplatz wollen wir einen weiteren Standort für einen Taubenschlag etablieren. Wir unterstützen die Forderung der Tierschutzverbände nach einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen, um die wachsende Population verwilderter Katzen einzudämmen.

GRÜNE wollen, dass öffentliche Plätze künftig nicht mehr an Zirkusse vermietet werden, die nicht artgerecht gehaltene Tiere mit sich führen. Wir wehren uns gegen jegliche Versuche, Gasvorkommen im Stadtgebiet mittels der "Fracking"-Methode zu gewinnen. Auf unsere Initiative wurde von der Stadt beschlossen, dass im Falle möglicher Probebohrungen zur Gewinnung von unkonventionellem Gas keine Genehmigung für das Aufstellen von Gerätschaften erteilt werden darf.

9. ÖKOLOGISCHE ABFALLENTSORGUNG

IN DER ABFALLPOLITIK RICHTETE SICH ZULETZT DER BLICK NUR AUF DIE HÖHE DER GEBÜHREN. WIR WERDEN DAFÜR SORGEN, DASS KÜNFTIG NEBEN DER GEBÜHRENSTABILITÄT AUCH DIE UMWELTASPEKTE IN DEN VORDERGRUND GERÜCKT WERDEN.

Wir setzen uns für mehr Abfallvermeidung und ökologische Verwertung ein. Dazu bedarf es dringend der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Essen aus dem Jahr 2001. Die Erarbeitung dieses Konzeptes wurde im Juli 2013 auf grüne Initiative vom Rat beschlossen.

Die Recyclingquote (Anteil von getrennt erfassten Wertstoffen einschließlich Bioabfällen) liegt in Essen mit rund 35% weit unter dem deutschlandweiten Durchschnitt von 61%. Wegen des großen Nachholbedarfs bei der Erfassung von Bioabfällen wollen wir den Einsatz der Biotonne im Stadtgebiet ausweiten sowie Eigenkompostierung und die kostenfreie Verbringung von Grünabfall an den Recyclingstationen vorantreiben. Die Bioabfälle sollten aus Klimaschutzgründen nicht, wie derzeit, kompostiert, sondern unter Gewinnung von Biogas vergärt werden. Wir streben dabei eine interkommunale Lösung zur Errichtung einer Vergärungsanlage für Bioabfälle an.

Insbesondere bei Elektro- und Elektronikaltgeräten muss eine deutliche Erhöhung der Erfassungsrate im Sinne des Urban Mining erfolgen, um die im Elektroschrott enthaltenen seltenen Erden und dringend benötigten Metalle verstärkt dem Recycling zuzuführen.

Wir wollen daher, dass weitere Recyclinghöfe und Recyclingstationen verteilt im ganzen Stadtgebiet eingerichtet werden, um Sperrmüll, Metalle, Holz, sonstige Wertstoffe, schadstoffhaltige Stoffe, Elektroaltgeräte und Grünabfälle noch besser getrennt zu erfassen. Dies nützt nicht nur der Umwelt, sondern gibt den Bürgerinnen und Bürgern auch die Möglichkeit, durch Getrennthaltung von Abfällen ihre Gebühren zu senken.

Im Jahr 2015 soll bundesweit die sogenannte "Wertstofftonne" eingeführt werden, die die gelbe Tonne ersetzen und der besseren Erfassung von Plastik und Metallabfällen dienen soll. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Aufgabe künftig von unserem Kommunalunternehmen Essener Entsorgungsbetriebe übernommen wird.

Den 4-Linien-Betrieb des Müllheizkraftwerkes Karnap (Verbrennungskapazität: 745.000 Tonnen pro Jahr) sehen wir angesichts vorhandener Überkapazitäten bei den Müllverbrennungsanlagen in NRW mit Sorge. Es muss verhindert werden, dass es zu einem erheblichen Mülltourismus zur Gewährleistung der Auslastung der Anlage kommt.

10. STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG

WIR BEKENNEN UNS ZU DEM ZIEL DER ROT-GRÜNEN LANDESREGIERUNG, IN NRW DEN TÄGLICHEN FLÄCHENVERBRAUCH BIS ZUM JAHR 2020 VON DERZEIT RUND 10 HEKTAR AUF 5 HEKTAR ZU REDUZIEREN.

Bei der Aufstellung des neuen Regionalplans für das Ruhrgebiet sowie eines neuen Flächennutzungsplans für die Stadt Essen steht deshalb für GRÜNE der Erhalt von Frei- und Grünflächen im Vordergrund. Auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind zu erhalten.

Dem wachsenden Wunsch nach innerstädtischem Wohnen sowie nach Gewerbeflächen wollen wir durch eine behutsame Innenraumentwicklung, Brachflächenrecycling, Neunutzung aufgegebener öffentlicher Infrastrukturen sowie Nachverdichtung (Baulückenschließung) begegnen. Beispielgebend für eine derartige hochwertige Entwicklung innerstädtischer Brachflächen sind das neue Innenstadtquartier des Universitätsviertels ("Grüne Mitte"), das Quartier am neu angelegten Niederfeldsee in Altendorf, der Kettwiger Ruhrbogen, die Ruhrterrassen am Brehloher Steig in Horst und der Seebogen in Kupferdreh.

Eine ähnliche Brachflächenentwicklung mit einer Mischung aus Wohngebäuden, Universitätsgebäuden und einem Kombibad wollen wir am Thurmfeld (Reckhammerweg) realisieren. Mit dem Masterplan Krupp-Gürtel ergibt sich die große städtebauliche Chance zur Reaktivierung riesiger Brachflächen auf dem ehemaligen Gelände der Kruppschen Gussstahlfabrik. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Flächen nicht alleine als Gewerbeflächen, sondern als attraktive lebendige Quartiere mit einer Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten in direkter Nähe zur Innenstadt entwickelt werden. Bei neuen Wohnbauprojekten muss auf die Erschließung durch den öffentlichen Nahverkehr, ökologische Energieversorgung und möglichst geringe Flächenversiegelung geachtet werden. Es gilt auch auf den Erhalt von Frischluftschneisen und Grünanlagen zur Erholung zu achten.

Wir setzen uns für alle Formen des gemeinschaftlichen Wohnens und Bauens ein, sei es in Form von Mehrgenerationenhäusern oder in Baugemeinschaften, wo zukünftige Bewohnerinnen und Bewohner ihr Quartier selbst planen und bauen.

GRÜNE wollen den Stadtumbau voranbringen. So setzen wir uns für Fördermittel aus Land und Bund zum gezielten Rückbau von problematischen Häuserzeilen nahe stark befahrener Straßen (z.B. an der Gladbecker Straße und Krayer Straße) und den Abriss von Schrottimmobilien in Quartieren mit starken sozialen Problemen (z.B. Hörster Feld) ein. Nach den positiven Erfahrungen mit dem Bund-Länderprogramm "Soziale Stadt" in den Stadtteilen Altendorf, Katernberg sowie Altenessen-Süd/Nordviertel setzen wir uns für die Aufnahme weiterer Stadtteile (insbesondere Kray und Hörster Feld) in dieses Städtebauförderprogramm ein.

GRÜNE wollen die Stadtteile durch eine kooperative und behutsame Entwicklung der Quartiere fördern und dabei ihre Grundausstattung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen und die Möglichkeiten für kulturelle und bürgerschaftliche Aktivitäten stärken. Wir drängen auf die Einhaltung des von uns mit beschlossenen Einzelhandelskonzeptes (Masterplan Einzelhandel 2010), das eine stadtteilverträgliche räumliche Lenkung des großflächigen Einzelhandels zum

Ziel hat. Wir wenden uns gegen Einzelfallentscheidungen, die das Gesamtkonzept einer ausgewogenen Versorgungsstruktur aller Stadtteile aushebeln. Das Kreativviertel in der Nord-City entwickelt sich immer mehr zu einem Ort kreativer Vielfalt und lebendiger Subkultur. Die positive Bedeutung von Kultur- und Kreativwirtschaft für die Entwicklung eines Stadtteils wird hier deutlich sichtbar. Wir treten für eine behutsame Umsetzung des von uns mit angestoßenen Baldeneyseekonzeptes ein. Der Baldeneysee benötigt keine Disneyfizierung. Uns liegt vor allem an einer verbesserten Nahverkehrsanbindung, dem Ausbau der Rad- und Wanderwege, der Schaffung weiterer Schutzräume für die Natur und einer besseren Trennung von Sport und Freizeit und sensiblen Naturbereichen. Wir sind für das Baden im Baldeneysee an gekennzeichneten Badestellen, wenn das Forschungsprojekt "Sichere Ruhr" dafür grünes Licht gibt.

Gleichzeitig werden wir unseren Blick darauf richten, dass nicht nur die Situation am Baldeneysee verbessert wird, sondern das gesamte Stadtgebiet Essen näher ans Wasser gebracht wird. Es ist uns wichtig, dass sich dabei auch der Essener Norden mit der Emscher und dem Rhein-Herne-Kanal zu einem identitätsstiftenden Wasser- und Landschaftsraum entwickelt. Wir unterstützen die Entwicklung einer Marina am Rhein-Herne-Kanal. Nach dem Erfolgsmodell des Niederfeldsees in Altendorf können wir uns auch im Essener Norden die Anlage eines künstlichen Sees mit attraktiver Wohnbebauung und grüner Umfeldgestaltung vorstellen.

Der Denkmalschutz stellt eine besondere Herausforderung für die Stadtentwicklung dar. Wir wollen denkmalwürdige und denkmalgeschützte Gebäude nutzungsgerecht umbauen und gleichzeitig vor dem Verlust des Denkmalschutzes bewahren.

Wir setzen uns für die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates nach dem Vorbild anderer deutscher Städte (z.B. Dortmund, Köln und Kassel) ein. Ein solcher Beirat ist ein vom Rat bestelltes Gutachter-Gremium, das zu bedeutenden städtebaulichen und baukünstlerischen Projekten berät. Wir legen dabei Wert auf eine interdisziplinäre Besetzung mit Fachexpertinnen und -experten aus unterschiedlichen Bereichen wie Landschaftsplanung, Kunst und Architektur. Dabei sollten auch Sachverständige eingebunden werden, die nicht aus Essen kommen.



11. VERKEHR

STEIGENDE ENERGIEPREISE, SCHWINDENDE FOSSILE RESSOURCEN, DIE VERKEHRSBEDINGTEN FEINSTAUB-, LÄRM- UND STICKOXID-BELASTUNGEN, KLIMASCHUTZANFORDERUNGEN, DER DEMOGRAFISCHE WANDEL UND NICHT ZULETZT DIE KNAPPEN MITTEL DER ÖFFENTLICHEN HAND FÜR DIE FINANZIERUNG VON VERKEHRSINFRASTRUKTUR MACHEN EINE VERKEHRSWENDE AUCH IN ESSEN DRINGEND NOTWENDIG.

Wir wollen daher einen breit gefächerten Mobilitätsmix und die Nutzung neuer Medien zur intelligenten Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2035 eine Aufteilung zwischen den Mobilitätsarten mit 25% motorisiertem Individualverkehr, 25% öffentlichem Verkehr, 25% Radverkehr und 25% Fußverkehr zu erreichen. Dazu muss die Stadt endlich einen integrierten Verkehrsentwicklungsplan für Essen erstellen. Einen Beschluss dazu hat der Rat auf GRÜNE Initiative bereits vor einiger Zeit getroffen. Leitbild GRÜNER Mobilitätspolitik ist die "Stadt der kurzen Wege" sowie die Förderung der Nahmobilität. Wir orientieren uns dabei an der Lebensqualität und den Mobilitätsbedürfnissen aller. Kinder, Jugendliche, Ältere und Menschen mit Behinderungen sollen ebenso mobil sein können wie Menschen mit eigenem Auto. Eine besondere Bedeutung für uns hat eine Verkehrs- und Stadtplanung, die die hohen Mobilitäts- und Sicherheitsansprüche von Frauen berücksichtigt.

STRASSENVERKEHR - LÖSUNGEN: JA, NEUE BELASTUNGEN: NEIN!

Im Straßenverkehr benötigt unsere Stadt dringend Lösungen, die Verkehrsprobleme reduzieren – allerdings ohne neuen Verkehr in die Stadt zu locken! Wir begrüßen daher, dass das Land die Transit-Autobahnen A52 und A44 in Essen nicht weiter ausbauen möchte, die unvorstellbare Belastungen durch Durchgangsverkehr mitten in unsere Wohngebiete bringen. Schließlich ist das Ruhrgebiet derzeit der einzige Ballungsraum Deutschlands, in dem Durchgangsverkehre auf Autobahnen durch Stadtzentren geleitet werden.

Nun gilt es, die A52 definitiv aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen – dies gilt für den Abschnitt in Essen selbst wie auch für das Teilstück zwischen A42 und A2. Kurzfristig soll die Entlastung der Gladbecker Straße durch Umleitung des Schwerlastverkehrs über die Bottroper Straße, z.B. mit Führung durch den Sturmshof oder über eine neue A42-Ausfahrt an der Stadtgrenze Bottrop, erfolgen. Dabei soll durch eine entsprechende Führung des Verkehrs und Lärmschutzmaßnahmen der Stadtteil Vogelheim und die Hafenstraße vom Verkehr entlastet werden. Mittelfristig soll eine neue leistungsfähige Straße vom Autobahnkreuz Essen-Nord durch das Stadthafen-Gelände zum Bertold-Beitz-Boulevard entstehen, der die Verkehre im Essener Westen verteilen kann und direkten Anschluss an zahlreiche Gewerbeflächen bietet. Gleichzeitig möchten wir Flächen, die nach dem Aus für die A52 im Essener Norden frei werden, schnellstmöglich überplanen und der Stadtgesellschaft zur Nutzung als Grün-, Wasser- und Wohnflächen übergeben.

Wir unterstützen den zweispurigen Ausbau des Autobahndreiecks Essen Ost und die Verlegung der Anschlussstelle Frillendorf. Diese führt zur Verringerung von Staus beim Übergang A40/A52 und ermöglicht eine Führung des LKW-Verkehrs abseits von Wohngebieten.

Wir wollen die Erstellung eines Machbarkeits-Gutachtens zum sechsspurigen Ausbau der A40 in Frohnhausen durch Verlegung der Stadtbahn auf einen Deckel an der Oberfläche. Dies wäre eine große Chance für eine grundlegende Erneuerung und Aufwertung des durch die A40 zerschnittenen und stark belasteten Stadtteils Frohnhausen.

Wir wollen, dass das Prinzip von Mischverkehrsflächen ("Shared Space") in der Verkehrsplanung verstärkt Anwendung findet. Das bedeutet gemeinsame Nutzung von Verkehrsflächen für Fußgänger-, Rad- und Autoverkehr und somit weniger Verkehrsschilder und weniger Ampeln. Diverse Projekte haben gezeigt, dass durch diesen Verzicht auf Reglementierung an geeigneten Orten ein rücksichtsvolles Miteinander gefördert, Unfallzahlen gesenkt und - beispielsweise durch weniger Lichtsignalanlagen - auch Kosten gespart werden können.

Das Verkehrskonzept Werden, das Schlüsselprojekt zur Vermeidung von Emissionen in der Werdener Altstadt und von Staus auf der südlichen B224, soll so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Trotz einiger Erfolge bei der Luftreinhaltung ist die Stickoxid- und Feinstaubproblematik noch nicht ausreichend gelöst. Der Straßenverkehr trägt in Essen zu rund 75% an den gesundheitsgefährdenden Stickoxid-Emissionen bei. Auch die Grenzwertüberschreitungen beim Feinstaub treten nicht mehr an Industriegebieten, sondern ausschließlich an den Essener Verkehrsschwerpunkten auf. Die Umweltzone Ruhrgebiet (Fahrverbote für umweltschädliche Fahrzeuge) ist ein Erfolgsprojekt, das auch auf die Stadtteile Kettwig, Kupferdreh, Überruhr, Burgaltendorf, Horst und Freisenbruch ausgedehnt werden muss. Auch das Instrument des Lkw-Fahrverbotes an besonders belasteten Straßen wie der Gladbecker Straße in Altenessen muss weiter ausgedehnt werden. Schließlich benötigen wir ein "Lkw-Routenkonzept" der Metropole Ruhr, um eine umweltfreundliche Führung des Lkw-Verkehrs zu entwickeln.

Wir möchten eine konsequente Umsetzung des Lärmminderungsplans der Stadt. Bausteine hierfür sind die Ausweitung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten, die Einführung von Tempo 30 auf bestimmten Hauptverkehrsstraßen, Nachtfahrverbote bzw. Fahrverbote für Lkw in Wohngebieten, lärmarme Straßenbeläge ("Flüsterasphalt") und mehr Geschwindigkeitsbeschränkungen mit dem Ziel des Lärmschutzes sowie konsequente Geschwindigkeitskontrollen zu deren Durchsetzung.

Das wachsende Carsharing-Angebot wollen wir durch die Überlassung von öffentlichen – auch gewidmeten – Stellplätzen in dicht bebauten Gebieten und an Verknüpfungspunkten mit dem Nahverkehr ausbauen. Auch die Stadt selbst und ihre Tochtergesellschaften sollen für ihre Fuhrparks umweltfreundliche Lösungen wie Hybrid-, Erdgas- und Elektroantriebe und Nutzung von CarSharing systematisch einsetzen.

Zur Sicherung von Schulwegen möchten wir die Verkehrssituation durch ausgewiesene Holund Bring-Zonen (sog. "Kiss&Ride"-Angebote) im sicheren Abstand vor Schulen verbessern.

GRÜNE STEHEN FÜR EIN ATTRAKTIVES BUS- UND BAHN-ANGEBOT

2014 wurde mit dem Bau der ersten neuen Straßenbahnstrecke – der 109 im Krupp-Gürtel – begonnen. Für Fahrgäste wird der Weg in die Innenstadt direkter, gleichzeitig werden Betriebskosten durch kürzere Fahrzeiten und weniger benötigte Fahrzeuge gespart. GRÜNE werden weiterhin Neu- und Umbauprojekte angehen, um Verbesserungen für Fahrgäste zu erreichen und die Wirtschaftlichkeit des Nahverkehrs zu erhöhen.

In diesem Zuge wollen wir die vorhandenen Pläne für eine oberirdische direkte Straßenbahnverbindung von Huttrop und dem Südostviertel zum Hbf und weiter durch die Innenstadt (City-Trasse und Bahnhofstangente) umsetzen. Dabei soll geprüft werden, die Weststadt zu erschließen und eine innenstadtnahe Haltestelle im Bereich Limbecker Platz / Vereinstraße zu ermöglichen. Wir unterstützen die Verlängerung der Tram-Linie 105 von Frintrop nach Oberhausen und anschließend eine sinnvolle Neuordnung der Buslinien in diesem Bereich.

Wir plädieren für den Ersatz der Spurbusstrecke nach Kray durch eine Tram-Strecke auf der gleichen Trasse, um die schnelle Direktverbindung auch nach Ende der Spurbus-Technologie zu erhalten, die Schaffung von barrierefreien Haltestellen zu erleichtern und auch unter schwierigen Wetterbedingungen einen durchgehenden Betrieb zu ermöglichen.

GRÜNE fordern die Beschleunigung von Tram-Linien. Dies gilt insbesondere für die lange geplante Modernisierung von Haltstellen auf der Steeler Straße und für die Ringlinie 106. Allgemein soll der begonnene barrierefreie Ausbau von Haltestellen sowohl bei Straßenbahnen



wie bei Bussen in höherem Tempo fortgesetzt werden. Mittelfristig möchten wir eine Prüfung weiterer sinnvoller Erweiterungen des Tram-Netzes, z.B. Reaktivierung der Tram-Strecke am Frohnhauser Markt, Verlängerung der U11 zur Hatzper Straße (Karstadt Hauptverwaltung) oder Anbindung des Stadions an der Hafenstraße. Wir fordern eine ergebnisoffene Planung, ob und auf welchen Strecken ab 2020 Stadt- oder Straßenbahnen fahren. Dabei sollen Erneuerungen des Fahrzeugparks schrittweise bis 2025 erfolgen und nicht lange herausgezögert werden. Trotz immer knapperer Finanzmittel haben sich GRÜNE unermüdlich dafür eingesetzt, dass das Nahverkehrs-Angebot nicht reduziert und der Standard erhalten wurde. Hierzu gehören auch barrierefreie Haltestellen und die zügige Instandsetzung von defekten Aufzügen. Im Tram-Netz fordern wir eine Taktverdichtung auf der Steeler Strecke außerhalb der Hauptverkehrszeiten, abends und samstags. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in den nächsten Jahren die Barrierefreiheit der Straßenbahnhaltestellen weiter voranbringen. Im Busnetz sollen Verbesserungen durch systematische Stärkung von wichtigen Hauptlinien erfolgen. Als Sofortmaßnahme unterstützen wir die Planung der EVAG für einen 10-Minuten-Takt der Buslinien vom Hauptbahnhof zum Wasserturm und weiter nach Kray. Mittelfristig möchten wir eine Neuordnung der Buslinien durch die Innenstadt, um eine direktere und schnellere Anbindung an die Stadtteile zu schaffen als bisher. Überarbeitungswürdig ist insbesondere die Erschließung der Bottroper Straße. GRÜNE möchten die zeitnahe Realisierung eines Ortsbus-Netzes Werden im Rahmen des Verkehrskonzepts.

Überarbeitungswürdig ist der Spät- und Nachtverkehr in Essen. Dazu gehört die Prüfung einer Taktverdichtung zwischen 19 und 20 Uhr, wo dies für den Einkaufsverkehr relevant ist. Schrittweise müssen die Halbstundentakte von U-Bahn- und Tram-Linien nach 21 Uhr verdichtet werden, um das nicht angemessene Angebot im Spätverkehr zu verbessern. Der Betriebsschluss der U-Bahn und Tram soll von 23 auf 0 Uhr verschoben werden. Wir möchten die Schaffung von Nachtverkehren auf derzeit nur tagsüber bedienten Strecken (Spurbusstrecke nach Kray, Haltestelle Breslauer Straße, Verbindung nach Mülheim-Heißen) sowie die Durchbindung von Nachtverkehren nach Gelsenkirchen, Wattenscheid, Mülheim und Hattingen.

Die Verzahnung mit den Netzen der Nachbarstädte soll ebenfalls angegangen werden. Neben kurzfristigen Lückenschlüssen brauchen wir einen gemeinsamen Nahverkehrsplan mit unseren Nachbarstädten für bessere Verbindungen zwischen den vielen Zentren des Ruhrgebiets. Wir unterstützen Bürgerbus-Initiativen, die zum sinnvollen Lückenschluss im EVAG-Netz beitragen.

Im Rahmen der Überarbeitung der S-Bahn-Linien durch den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr soll sich die Stadt Essen für die Realisierung des angedachten 15-Minuten-Takts der Bahnlinien nach Gladbeck sowie der 30-Minuten-Takte nach Dorsten und Gelsenkirchen-Buer einsetzen. In dem Zusammenhang fordern wir den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke zwischen Essen und Bottrop, um die Pünktlichkeit der Züge zu verbessern. Wir brauchen ebenfalls eine Taktverdichtung für die S2 von Essen über Kray Nord nach Gelsenkirchen, Wanne-Eickel, Herne und Castrop-Rauxel. Zusammen mit den Bahnlinien nach Recklinghausen soll so auch ein durchgängiger 15-Minuten-Takt zwischen Essen und Gelsenkirchen bzw. Wanne-Eickel entstehen.



VORRANG FÜR RADFAHRERINNEN UND FUSSGÄNGERINNEN

Bei kurzen und mittleren Entfernungen ist das Fahrrad das Verkehrsmittel der Zukunft. Es ist nicht nur leise, sauber und preiswert, sondern fördert auch die Gesundheit jedes einzelnen Radlers und jeder einzelnen Radlerin. Dank des Booms bei den Elektrorädern (E-Bikes, Pedelecs) wird Radfahren auch in bergigen Gebieten und für ältere Menschen immer beliebter. Die GRÜNEN haben sich daher in den letzten Jahren intensiv für ein funktionelles und sicheres stadtweites Radwegenetz eingesetzt. Wir fordern eine konsequente Umsetzung des lange geplanten Hauptroutennetzes und des Ergänzungsnetzes sowie die Nutzung von Straßenbaumaßnahmen zur Optimierung des Radverkehrs.

GRÜNE unterstützen den Neu- und Ausbau von städteübergreifenden Radschnellwegen. Dazu gehört vor allem die Realisierung des Radschnellwegs Ruhr zwischen Duisburg und Dortmund. Auf Essener Stadtgebiet muss dazu die fehlende Brücke der Rheinischen Bahntrasse über den Bertold-Beitz-Boulevard ergänzt werden. Die Verlängerung nach Osten ermöglicht den Anschluss an die Kray-Wanner-Bahn nach Gelsenkirchen, Wattenscheid und Wanne-Eickel.

Im Norden von Essen unterstützen wir einen Radschnellweg nach Gladbeck, wie von Verkehrsminister Groschek im Maßnahmenpaket zum A52-Ersatz vorgeschlagen. Nach Bottrop soll ein Weg entstehen unter Einbindung des vorhandenen Berne-Radwegs mit Brückenschlag über Rhein-Herne-Kanal und Emscher. Dieser soll auf Essener Stadtgebiet an die Rheinische Bahntrasse anschließen.

Bisher konnten hunderte Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet werden. Dies soll in allen Stadtbezirken durchgehend umgesetzt werden. Dazu gehört auch eine konsequente Ausschilderung von Sackgassen, die für den Radverkehr durchlässig sind. GRÜNE setzen sich ein für die systematische Überprüfung der Markierung, Beschilderung und Verkehrssicherheit von Radwegen sowie die Beseitigung der Probleme bei Schnee- und Lau-

bräumung. Die Qualität vorhandener Radwege soll verbessert werden, insbesondere durch Verwendung von Asphalt statt wassergebundener Oberflächen.

Wir möchten diebstahlsichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Verkehrsknotenpunkten schaffen und verbesserte Mitnahmemöglichkeiten im ÖPNV ermöglichen, z.B. mit Anhängern für Fahrräder im Freizeitverkehr.

Für Fußgängerinnen und Fußgänger möchten wir die vorhandene Infrastruktur barrierefrei ausbauen, insbesondere an Kreuzungen – Hindernisse für Menschen mit Kinderwagen, Rollstühlen, Rollatoren oder einfach nur Koffern sind vermeidbar. Abseits der Gehwege setzen wir uns dafür ein, Trampelpfade zu erhalten und zu sichern, auf denen Fußgänger ihre Ziele direkt erreichen. Besonderes Augenmerk verdienen die Schulwege, auf denen Kinder konsequent vor Gefahren geschützt werden müssen: Hier sollen Konzepte für einen "Schulweg ohne Auto" die oft angespannte Lage vor Schulen entspannen, indem die sichere Erreichbarkeit zu Fuß und mit dem Rad, wie Abstellmöglichkeiten an den Schulen, geprüft werden.

GRÜNE POLITIK GEGEN FLUGLÄRM – KAPAZITÄTSERWEITERUNG DES FLUGHAFENS DÜSSELDORF VERHINDERN – FLUGHAFEN ESSEN MÜLHEIM ENDLICH SCHLIESSEN

Die GRÜNEN sind die einzige politische Kraft, die sich auf allen politischen Ebenen gegen einen Ausbau und eine Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf ausspricht. Wir stehen zum Angerland-Vergleich als fairem Interessensausgleich zwischen wirtschaftlichen und Anwohnerinteressen. Insbesondere wenden wir uns gegen die vom Flughafen geplante massive Kapazitätserweiterung in nachfragestarken Zeiten mit bis zu 60 statt 45 Flugbewegungen pro Stunde. Statt einer Ausdehnung des Flugbetriebes benötigen wir mehr Schutz vor Fluglärm, insbesondere in der Nacht. In der Fluglärmkommission am Flughafen Düsseldorf werden wir uns für eine strengere Überwachung und Sanktionierung von Nachtflügen sowie eine stärkere Lärmdifferenzierung bei den Flughafenentgelten einsetzen, damit Verspätungszuschläge tatsächlich Anreize zur Pünktlichkeit bieten. Außerdem setzen wir uns für die Erprobung und Einführung moderner lärmarmer Lande- und Startverfahren ein, die die jetzige Belastung Essener Wohn- und Naherholungsgebiete vermindern können.

Die Beschlüsse des Rates der Stadt Essen sowie der Stadt Mülheim und die Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Landesregierung zur Schließung des Flughafens Essen/Mülheim müssen endlich umgesetzt werden. Dieser Verkehrslandeplatz hat sich seit Jahrzehnten wegen der Platzrunden von Flugschulen und lediglich privater Nutzung zum erheblichen Lärmfaktor zulasten der Essener und Mülheimer Anwohner entwickelt. Wirtschaftlich ohne jede Bedeutung, wird er seit langem öffentlich subventioniert.

In Zusammenarbeit der drei Gesellschafter Land NRW, Stadt Essen und Stadt Mülheim an der Ruhr sind Vorschläge für eine umweltverträgliche zukünftige Nutzung des Geländes auszuarbeiten. Dazu wollen wir einen internationalen Ideen- und Gestaltungswettbewerb durchführen. Der größte Teil der Fläche muss dabei allerdings als Freifläche erhalten werden.

12. POLITIK FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL

DIE STADT ESSEN, EINGEBETTET IM HERZEN DES RUHRGEBIETS, IST TEIL EINER DER AM DICHTESTEN BESIEDELTEN SOWIE BEVÖLKERUNGSREICHSTEN METROPOLREGIONEN IN EUROPA.

Ein Merkmal von Metropolen ist das Zusammentreffen unterschiedlichster Menschen, die in ihnen leben. Unterschiedliche Weltanschauungen, Glaubensrichtungen, politische Einstellungen oder Vorstellungen der Lebensführung sind dadurch oftmals nur eine Wohnungstür voneinander entfernt. Durch diese besondere Situation kann der Auftrag für kommunalpolitische Verantwortungsträgerinnen und -träger nur sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenleben sowie eine Kultur des Verstehens und der Akzeptanz ermöglichen, damit eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglicht wird.

Wir GRÜNE sehen in unserem Verständnis vom Menschen in erster Linie das, was uns verbindet. Uns GRÜNEN geht es darum, Diskriminierungen abzubauen, gesellschaftliche Ansichten kritisch zu hinterfragen und die Anliegen von Minderheiten auf das politische Tableau zu bringen. Allerdings betrachten wir Minderheiten nicht aus einer Opferhaltung heraus, sondern als gleichberechtigten, zugehörigen und vor allem bereichernden Teil unserer Gesellschaft. Treibende Kraft unserer Motivation ist hierbei der Inklusionsgedanke, also die Teilhabe am gesamtgesellschaftlichen Geschehen bei gleichzeitiger Akzeptanz der persönlichen Vielfalt (=engl. Diversity).

Deshalb fordern wir Maßnahmen ein, die das Ziel haben, Menschen bei der Entwicklung ihrer individuellen Lebensanschauung zu unterstützen. Das können zum Beispiel Bildungs-, Beratungs-, Kultur- und Hilfsangebote sein, die Akzeptanz und Verständnis fördern, das Verbalisieren von Problemen ermöglichen sowie Hilfe bei Problemlagen anbieten.



WIR GRÜNE STEHEN FÜR EINE MODERNE FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK, DIE WIR ALS QUERSCHNITTSAUFGABE IN ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN UND POLITIKFELDERN UMSETZEN WOLLEN.

Gerade wir GRÜNE haben mit unserer Gleichstellungspolitik die gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung Gleichstellung von Frauen stark verändert – wenn wir auch noch nicht am Ziel sind. Denn noch immer tragen Frauen die Hauptlast bei der Erziehung von Kindern und der Pflege von Angehörigen, noch immer sind sie in den Führungs- und Leitungsebenen von öffentlichen und privaten Unternehmen sowie in Behörden und Ämtern deutlich unterrepräsentiert und verdienen für die gleiche Arbeit auch heute noch erheblich weniger als Männer. Wir treten deshalb für eine konsequente Frauenförderpolitik und eine Überprüfung aller politischen Beschlüsse auf ihre Auswirkungen auf Frauen ein.

GLEICHBERECHTIGTE TEILHABE AM ARBEITSMARKT

Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen heißt für uns nicht nur, das Recht der Frauen auf gerechte Teilhabe am Erwerbsleben durchzusetzen, sondern auch, das Recht der Männer auf Familie zu stärken.

Daher fordern wir GRÜNE ernsthafte Maßnahmen in der Arbeitszeitpolitik ein, hin zu Existenz sichernder Teilzeit für beide Elternteile. Wir wollen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer gleichermaßen, u.a. zur Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Elternzeit. Um dies jedoch zu ermöglichen, muss z.B. Kinderbetreuung nah, bedarfsgerecht und flexibel angeboten werden. Auch eine Betreuung in Randzeiten oder bei Schichtdienst muss sichergestellt sein, daher werden wir den weiteren Ausbau der Tagespflege unterstützen. Auch die Unterstützung und Entlastung bei der Pflege von Angehörigen muss gewährleistet werden, insbesondere durch Kurzzeitpflege oder Tagespflege für Senioren. Besonderes Augenmerk legen wir darauf, endlich die Forderung von gleichem Lohn für gleich-

wertige Arbeit durchzusetzen. Wir wollen die Erhöhung des Anteils der Männer in sozialen und pädagogischen Berufen, wie z.B. Alten- und Krankenpfleger sowie Erzieher und Grundschullehrer unterstützen.

Trotz Frauenförderplan, regelmäßiger Berichterstattung im zuständigen Ausschuss und wohlwollender Absichtserklärungen ist die Stadtverwaltung wie auch die meisten ihrer Beteiligungsunternehmen nach wie vor eine Männerdomäne. Frauen sind in allen Führungsebenen unterrepräsentiert: Je höher die Führungsebene, desto geringer der Frauenanteil.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, mindestens 40% Frauen in Führungspositionen bei Stadt und Beteiligungsunternehmen bis 2025 zu erreichen. Frauenförderpläne für alle städtischen Gesellschaften sind ein erster Schritt dahin.

Wir wollen Stellensplitting und Teilzeitarbeit auch in höheren Besoldungsgruppen fördern, um die Verbindung von Erwerbstätigkeit und Familienarbeit für Männer und Frauen zu erleichtern. Wir setzen uns für mehr Frauen in den Aufsichtsgremien der städtischen Unternehmen und



Gesellschaften ein und gehen dabei bereits mit gutem Beispiel voran:

Indem wir unsere Ratsliste quotieren, werden die zu erfüllenden Aufgaben gleichmäßig auf Frauen und Männer verteilt. Das wiederum führt dazu, dass wir unsere Mandate in den Aufsichtsgremien insgesamt bereits annähernd paritätisch besetzen. Auch bei den Geschäftsführungen soll mittelfristig eine Quote von 50 Prozent erreicht werden.

DAS PRINZIP "GENDER MAINSTREAMING" IN POLITIK UND VERWALTUNG VERANKERN

Wir wollen "Geschlechtergerechtigkeit – Gender Mainstreaming" als Leitziel der Stadt Essen umsetzen. Das Prinzip des "geschlechtergerechten Haushalts" (Gender Budgeting) wollen wir dabei grundsätzlich berücksichtigten, indem bei finanzpolitischen Entscheidungen auch die geschlechtergerechte Verteilung von Finanzmitteln überprüft wird.

Zur weiteren Umsetzung der Gleichstellung und Frauenförderung – insbesondere mit Blick auf einen zu erhöhenden Anteil an Frauen in Führungspositionen innerhalb der städtischen Verwaltung - soll ein Frauenausschuss, z.B. als Unterausschuss des Personalausschusses eingerichtet werden.

Um die Auszeiten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Elternzeit zu reduzieren bzw. ihnen eine Berufstätigkeit ohne Karriereknick zu ermöglichen, soll die bislang modellhaft er-

probte alternierende Telearbeit ausgebaut werden. Städtisch einberufene und politisch zu besetzende Beiräte, Vorstände, Geschäftsführungen und Aufsichtsräte (z. B. Umwelt-, Lärm-, Kultur-, Integrationsbeiräte) sollten gemäß des Leitziesl der Gleichstellung von Frauen in der Stadt Essen paritätisch besetzt werden.

UNTERSTÜTZUNG UND FÖRDERUNG VON FRAUENINITIATIVEN UND -VEREINEN

Gewalt gegen Frauen und Kinder darf nicht bagatellisiert werden. Wir GRÜNE setzen uns für eine ausreichende Finanzierung der bestehenden Beratungsstelle "Frauen helfen Frauen" und des Essener Frauenhauses ein. Schulungen sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung unterstützen, so dass sie die schwierigen Lebenssituationen der Opfer erkennen und entsprechend schnelle Hilfen ermöglichen können.

Frauennetzwerke, Vereine, Fraueninitiativen u. a., die zur Unterstützung und Vernetzung von Frauen beitragen, wollen GRÜNE fördern, insbesondere das gute Netzwerk in Essen aus Frauenhaus, Frauenberatungsstelle Frauen helfen Frauen, der Beratungsstelle Nachtfalter für (Zwangs-)Prostituierte, das Café Schließfach als Anlaufstelle für Prostituierte und wohnungslose Mädchen und Frauen oder die Drogenberatungsstelle Bella Donna. Diese müssen auch in Zeiten schwieriger Haushaltssituation gesichert werden.

Wir setzen uns für psychologische Therapieangebote speziell für Frauen (bspw. DISTEL) ein, um Frauen in Zeiten höchster psychischer Belastung durch Arbeitslosigkeit, Trennung, Gewalterfahrung zu stärken und zu unterstützen.

Durch die "Bielefelder Studie" wurde deutlich, dass jede dritte Frau mit Behinderung schon einmal Gewalt in ihrem Umfeld erlebt hat. Wir wollen daher dieses Thema aufgreifen und in den städtischen Werkstätten und Wohnheimen für behinderte Menschen ehrenamtliche Frauenbeauftragte ausbilden.

MIGRANTINNEN IN ESSEN

Ein höherer Anteil von Migrantinnen in der Stadtverwaltung und z.B. als Erzieherinnen und Lehrerinnen trägt dazu bei, dass in Essen Menschen unterschiedlicher Kulturen in einem Klima wechselseitiger Akzeptanz und voneinander lernend miteinander leben. Migrantinnen brauchen auch eigene Angebote in den Bereichen Gesundheit und Sport. Wir werden uns deshalb einsetzen für:

- die stärkere Berücksichtigung von Frauen mit Migrationshintergrund und den entsprechenden Sprachkenntnissen bei Stellenbesetzungen in den städtischen Ämtern, in Kindertageseinrichtungen, an Schulen, in Jugendfreizeiteinrichtungen,
- muttersprachliche Gesundheitsangebote für Migrantinnen, z.B. in der Schwangerschaftskonfliktberatung,
- Sportangebote für Migrantinnen in reinen Frauengruppen,
- Dolmetscherinnendienst auf Honorarbasis oder ein Frauenberatungstelefon in verschiedenen Sprachen, um die Nutzung aller frauenspezifischen Beratungsangebote auch für Migrantinnen zu ermöglichen,
- Angebote für den gemeinsamen Besuch von Sprachförderkursen für Eltern und Kinder mit Migrationshintergrund.

14. INTEGRATION UND MIGRATION

ESSEN IST SCHON HEUTE EINE MULTINATIONALE UND DURCH KULTURELLE VIELFALT GEPRÄGTE STADT. 28 % ALLER BÜRGERINNEN UND BÜRGER SIND IN DER ERSTEN ODER ZWEITEN GENERATION IN DIESE STADT GEZOGEN. KNAPP 50% DER UNTER 18JÄHRIGEN JUNGEN MENSCHEN HABEN EINE MIGRATIONSBIOGRAPHIE.

Migrantinnen und Migranten sind Teil unserer Stadtgesellschaft. Ihre kulturelle und sprachliche Vielfalt ist eine Bereicherung und Herausforderung zugleich. Mit Menschen aus anderen Kulturkreisen kommen Menschen in die Stadt, die eine Antwort auf den demografischen Wandel sein können. In dieser Hinsicht wirkt sich die Universität Duisburg/Essen mit ihren rund 4.300 ausländischen Studierenden aus 130 Nationen besonders positiv aus. Die besondere Herausforderung besteht darin, diese Menschen auch dauerhaft mit guten Arbeitsplatzperspektiven in Essen zu halten. GRÜNE Integrationspolitik in Essen unterstützt die Bereicherung und stellt sich den Herausforderungen. Integration heißt, sich gleichberechtigt zu begegnen sowie gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Stadt in allen Feldern. GRÜNE Integrationspolitik will diese Begegnung und Teilhabe ermöglichen und befördern.

Wir werden uns weiterhin dafür stark machen, dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger kommunales Wahlrecht erhalten. Hierfür ist eine Gesetzesänderung auf Bundesebene notwendig.

WIR WOLLEN EINE ANERKENNUNGS- UND WILLKOMMENSKULTUR IN ESSEN

GRÜNE Willkommenskultur ist mehr als nur das Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Analyse. Wir unterstützen vielmehr einen Paradigmenwechsel, der darauf ausgerichtet ist, die Chancen in der Vielfalt unserer Stadtgesellschaft zu sehen, ohne die Herausforderungen zu leugnen. Wir treten für diesen Wechsel sowohl im Denken als auch in den Strukturen ein.

Voraussetzung für das Gelingen dieses Paradigmenwechsels ist es, Integration als Querschnittsaufgabe und inklusiv zu verstehen. Hierfür ist die interkulturelle Öffnung in Verwaltung und Politik unabdingbar. Das von den GRÜNEN angestoßene und vom Rat 2012 beschlossene Welcome Center stellt einen wichtigen Meilenstein für eine gute Willkommenskultur in Essen dar. Die Eröffnung dieser zentralen Anlaufstelle für Neubürgerinnen und Neubürger muss nun endlich kommen. Mittel- bis langfristig wollen wir das Welcome Center für alle Bürgerinnern und Bürger, die zu uns ziehen, ob mit ausländischem Pass, Migrationshintergrund oder ohne, geöffnet wissen.

Die Ausländerbehörde muss den durch die GRÜNEN angestoßenen Reformprozess (ein interfraktioneller Arbeitskreis wurde 2010 auf Antrag der GRÜNEN gegründet) weiter fortführen und ihre restriktive Haltung im Ausländerrecht endlich aufgeben.

MIT GUTEM BEISPIEL VORANGEHEN

Die Einführung von anonymisierten Bewerbungen – also Bewerbungen ohne Namen, Foto und Alter – innerhalb der städtischen Strukturen ist ein erster Schritt zur Öffnung der Stadtverwaltung für mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Interkulturelle Trainings und

verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit gehören aber ebenso dazu. Integration in Form einer inklusiven Politik kann nur gelingen, wenn sie ernst genommen wird und sich alle verantwortlich fühlen. Voraussetzung dafür ist, dass sich alle Fachbereiche der Verwaltung und alle Stadtpolitikerinnen und Stadtpolitiker gleichermaßen des Themas annehmen und das Ziel eines gelungenen Zusammenlebens in allen Bereichen mitdenken. Daher wollen wir keine Parallelstrukturen fördern und treten dafür ein, dass das kommunale Integrationszentrum (KIZ) eine Experten- und Multiplikatorenrolle einnimmt. Aufgabe des KIZ sollte es sein, alle Fachbereiche der Verwaltung dabei zu unterstützen, integrationspolitische Relevanz zu erkennen und gegebenenfalls Handreichungen und Unterstützung durch Expertise anzubieten.

Migrantenorganisationen sind wichtige und starke Partner bei der Umsetzung einer gelungenen Integrationspolitik. Das neu einzurichtende kommunale Integrationszentrum kann und soll den Kontakt zu allen Bevölkerungsgruppen aufbauen und pflegen. Das KIZ soll als Vermittler zwischen Migrantenorganisationen und städtischen Einrichtungen fungieren. Dabei geht es insbesondere um die Förderung und Stärkung der Kooperation zwischen öffentlichen Einrichtungen in Bildung, Kultur, Sport, sozialen Einrichtungen oder beispielsweise der Feuerwehr und den Migrantenorganisationen. Öffentlich subventionierte Projekte sollten vermehrt Kooperationsprojekte sein. Bereits etablierte Einrichtungen, die öffentlich gefördert werden, sollten eine entsprechende Würdigung bei derartigen Kooperationen erhalten. Die interkulturelle Öffnung bedeutet auch, dass man von einer paternalistischen Haltung gegenüber Migrantenorganisationen wegkommt und sich an ihrer Stelle eine partnerschaftliche Zusammenarbeit entwickelt. Nur wenn die etablierten Akteure mit den "neuen" Akteuren auf Augenhöhe agieren, kann eine zukunftsweisende Integrationspolitik erfolgreich etabliert werden.

GRÜNE POLITIK FÜR EINEN MENSCHENWÜRDIGEN UMGANG MIT FLÜCHTLINGEN

Etwa 45 Mio. Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Obwohl "nur" 20.000 davon in NRW ankommen und ein entsprechender Teil in Essen untergebracht werden muss. Der überwiegende Teil der Essener Asylbewerberinnen und Asylbewerber lebt in Wohnungen, nur etwa 1000 Menschen werden derzeit in sogenannten Übergangswohnheimen untergebracht. Da die Prognosen für die kommenden Jahre steigende Flüchtlingszahlen voraussagen, wird Essen neue Unterkunftsstandorte einrichten müssen.

Als GRÜNE setzen wir uns weiterhin für eine menschenwürdige Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge ein. Wir werden uns gegen Standorte auf der grünen Wiese ohne ÖPNV-Anbindung, Einkaufsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung wie in der ehemaligen Kutel-Asylunterkunft zwischen Kupferdreh und Heidhausen vehement zur Wehr setzen. Wir fordern weiterhin eine sozial ausgewogene, dezentrale Unterbringung in den Stadtteilen in möglichst kleinen Wohnheimen. Die Behelfseinrichtungen in ehemaligen Grundschulen wie in Kupferdreh-Dilldorf und Im Neerfeld in Frintrop möchten wir so schnell wie möglich aufgeben. Wir streiten weiterhin gegen Sachleistungen für Asylsuchende in Essen und für eine bestmögliche Betreuung durch Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen. Anwohnerinnen und Anwohner an Standorten von Flüchtlingsheimen sind frühzeitig, zum Beispiel über Runde Tische, einzubeziehen, um die Akzeptanz zu fördern und die Möglichkeit zu bieten, selbst zu einem besseren Miteinander beizutragen.



Mittel- bis langfristig gesehen setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen, die zu uns gekommen sind, schnell in Privatwohnungen untergebracht werden. Das spart der Stadt nicht nur Geld in Millionenhöhe ein (wie die Beispiele in Köln und Wuppertal zeigen), sondern ist auch für die Betroffenen der erste Schritt in ein möglichst selbstbestimmtes Leben und ist nachgewiesen integrativ. Wir setzen uns dafür ein, dass Flüchtlinge bei Behördengängen und z.B. der Einschulung ihrer Kinder praktische Hilfestellungen angeboten bekommen.

Darüber hinaus wollen wir in Essen eine ausländerrechtliche Beratungskommission für Flüchtlinge nach dem Vorbild der Stadt Köln einrichten. Mit Hilfe einer solchen Kommission können problematische Abschiebefälle in einem nichtöffentlichen Verfahren gemeinsam mit Politik, Verwaltung und Flüchtlingsverbänden beraten und Konflikte frühzeitig entschärft werden.

Wir wollen, dass der bestehende Ermessensspielraum für die Erteilung eines Bleiberechtes für die hier geborenen Kinder und Jugendlichen genutzt wird. Der restriktive Umgang mit Duldungen, teilweise über Generationen hinweg, muss beendet werden.

Wir wollen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern frühzeitig einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Auf GRÜNE Initiative wurde vom Rat 2013 die Entwicklung eines Arbeitsmarkt-programmes "Integration durch Arbeit" beschlossen mit dem Ziel der Qualifizierung und Vermittlung von langjährig hier lebenden Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in den ersten Arbeitsmarkt. Wir drängen auf eine baldige Umsetzung dieses Programmes.

INTEGRATIONSCHANCEN VERBESSERN

Wir wollen Integration als Chance begreifen und setzen uns deshalb in Essen für eine städtische Kampagne zur Einbürgerung ein.

In wenigen Jahren wird jedes zweite Kind in Essen einen Migrationshintergrund haben. Damit die Schulen diese Herausforderungen annehmen können, brauchen sie Unterstützung.

Wir wollen deshalb Projekte wie das "Rucksack-Projekt" – bei dem Eltern gemeinsam mit ihren Kindern Deutsch lernen – genauso ausbauen wie den muttersprachlichen Unterricht für Migrantenkinder: Der systematische Erwerb der Muttersprache ist eine wesentliche Voraussetzung für das Erlernen der deutschen Sprache. Daher wollen wir darüber hinaus die Einrichtung bilingualer Kindergärten und Schulen stärker fördern und bei entsprechender Nachfrage die Möglichkeiten des Fremdsprachenerwerbs in unseren Schulen auch auf die Herkunftssprache der Migrantinnen und Migranten ausdehnen.

15. POLITIK FÜR LESBEN UND SCHWULE UND MIGRATION

DIE SCHWUL-LESBISCHE COMMUNITY UND IHRE EMANZIPATIONS- UND ANTIDISKRIMINIERUNGSARBEIT HABEN IN UNSERER STADT EINE LANGE GESCHICHTE. FÜR UNS GRÜNE IST IHRE UNTERSTÜTZUNG VON JEHER EIN HERZENSANLIEGEN.

Seit Jahrzehnten haben wir maßgeblich zur aktiven Akzeptanzarbeit und zur Etablierung des "Runden Tischs" zwischen Stadt und Community beigetragen. Gleichgeschlechtliche Lebensweisen sind in unserer Stadtgesellschaft heute ein fester und sichtbarer Bestandteil. Sinnbildlich für diese positive Entwicklung ist der alljährliche Ruhr-CSD, der sich zu einem ruhrgebietsweiten Anziehungspunkt für immer mehr Menschen und zu einem festen Event der bundesweiten CSD-Saison entwickelt hat. Strukturell bietet die Essener Community eine breite Palette an unterschiedlichsten Kultur-, Beratungs-, und Gastronomie-Angeboten.

Ein bewusster Umgang mit Diskriminierung und Emanzipationsgeschichte trägt dazu bei, diese Fortschritte zu sichern und fortzuentwickeln. Auch deshalb fordern wir eine fundierte wissenschaftliche Dokumentation ihrer Entwicklung in Essen - von der Verfolgung im "Dritten Reich", ihrem Kampf um Selbstbestimmung im Nachkriegsdeutschland bis hin zu ihrer Etablierung und Vernetzung. Erinnerungs- und Würdigungskultur in Essen sollte auch Aufgabe des Hauses der Essener Geschichte sein.

Wir unterstützen die Forderung des "Forums Essener Lesben und Schwule" (F.E.L.S), eine Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in Essen einzurichten, die in Kooperation mit den Netzwerkpartnern das Essener Handlungskonzept "Gleichgeschlechtliche Lebensweisen" aus dem Jahre 2011 umsetzt und weiterentwickelt. Dieses Konzept umfasst u.a. Ziele aus den Bereichen Jugend- und Seniorenarbeit, Gesundheitsförderung und Kulturarbeit. Homophobie und Diskriminierung von Menschen mit nicht-heterosexueller Orientierung sind leider heutzutage auch in Essen noch verbreitet. Als umso wichtiger betrachten wir GRÜNE den Erhalt, den Ausbau und die Vernetzung der verschiedenen Angebote der queeren Community auch in die Stadtgesellschaft hinein, damit in der Öffentlichkeit und in den öffentlichen Einrichtungen mehr Begegnung möglich ist. Einen besonderen Fokus legen wir hier auf die Unterstützung zielgruppengerechter Bildungsangebote. Als Stadt mit vielen Einwohnern mit Zuwanderungsgeschichten möchten wir auch hier mit mehrsprachigen und kultursensiblen Angeboten einen Blick auf queere Kultur- und Beratungsangebote ermöglichen. Unser Ziel ist es, alle Bürgerinnen und Bürger für die vollständige Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgendern zu gewinnen.

Jugendliche haben ein Recht darauf, frei von Diskriminierung aufzuwachsen. Die Erziehung zu Toleranz und die Aufklärung über sexuelle Vielfalt ist eine Daueraufgabe. Wir möchten die Schulen in Essen dabei stärken und fordern entsprechende Angebote, auch in Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe und der Zivilgesellschaft, wie z.B. das "together Essen", das wir weiter fördern wollen.

16. ORDNUNGSPOLITIK

DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG IST EINE WESENTLICHE VORAUSSETZUNG FÜR DIE LEBENSQUALITÄT IN ESSEN. IN DER ORDNUNGSPOLITIK SETZEN WIR VOR ALLEM AUF PRÄVENTION, AUFKLÄRUNG UND SELBSTBESTIMMUNG VOR REPRESSION. IM ZUSAMMENLEBEN VON MENSCHEN MUSS ES JEDOCH AUCH REGELN GEBEN, DEREN BEACHTUNG ALLEIN SCHON DER WECHSELSEITIGE RESPEKT GEBIETET.

Uns GRÜNEN ist klar, dass Gruppen, die mit anderen in Konflikt geraten, durch Vertreibung nicht verschwinden, sondern nur ihren Standort verlagern. Hier sind Hilfsangebote anstelle von Repression gefragt. Verbote dürfen nur als letztes Mittel zum Einsatz kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wunsch nach Sicherheit nicht zu einer flächendeckenden Überwachung des öffentlichen Raumes führt.

Die freie Nutzung des öffentlichen Raumes war schon immer ein wichtiger Gradmesser für die Freiheit der Menschen in der Stadt. Straßen, Plätze und Grünanlagen sind öffentliche Räume, die für alle jederzeit und ohne Zweckbestimmung zugänglich sein müssen. Insofern werden wir uns auch künftig entschieden für einen freien Zugang zu öffentlichen Flächen einsetzen, was auch den politischen und sonstigen Diskurs auf diesen Flächen einschließt. Dazu gehören ausdrücklich auch die Flächen der öffentlichen Verkehrsmittel und deren Bahnhöfe. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich Menschen dieses Recht in unserer Stadt trotz klarer verfassungsrechtlicher Lage immer wieder erstreiten müssen, wie dies u.a. beim Bürgerbegehren zur Messe der Fall war.

Mit Sorge sehen wir daher auch die zunehmende Privatisierung des öffentlichen Raumes z.B. durch die Überbauung mit privaten Einkaufszentren. Wir appellieren daher an die Betreiber, einen toleranten Umgang auch in ihren Flächen zu fördern. Wir wollen den freien Zugang zu öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen an diesen Orten durchsetzen. Es kann keinesfalls sein, dass Zentren beispielsweise den Zugang zur U-Bahn versperren.

Wir setzen uns für die Einrichtung von Sicherheitspartnerschaften nach dem Vorbild des "Aktionsbündnisses Altenessen" auch in anderen Stadtteilen ein. Hier arbeiten Polizei, Stadtverwaltung, Jugendhilfeeinrichtungen, Migrantenorganisationen und andere in einem kriminalpräventiven Netzwerk erfolgreich zusammen.

Unsere Beteiligung am Arbeitskreis Autohandel zielt insbesondere darauf ab, die Sorgen und Ängste der betroffenen Anwohnerschaft ernst zu nehmen, jedoch auch den Gewerbetreibenden sinnvoll nutzbare und mit hinreichender Infrastruktur (z.B. Sanitärräume) ausgestattete Flächen anzubieten. Wir GRÜNEN fordern daher die Ausweisung eines Gewerbegeländes für freie Autohändler unter Entlastung von Wohngebieten.

Natürlich setzen wir GRÜNE uns für eine Reinhaltung der Umwelt ein. Der Weg dahin sollte aber zunächst über eine Aufklärung über Mülltrennung, Gefahren der illegalen Müllentsorgung und über gemeinschaftliche Aktionen der Selbsthilfe auch in Form von Aufräumaktionen erfolgen. Dies schließt aber auch ein konsequentes Vorgehen mit Bußgeldern und anderen Maßnahmen ein, wenn notorisches Fehlverhalten erkennbar ist oder Mensch und Umwelt in Gefahr sind. Statt in erster Linie mit dem Ordnungsrecht zu drohen, hat sich auch in Essen bewährt, gerade auf jugendliche und junge Erwachsene zuzugehen und u.a. in Projekten für Graffiti-Aktivisten gemeinsame Möglichkeiten der Entfaltung zu suchen.

Wir setzen uns für außergerichtlichen Täter-Opfer-Ausgleich ein. So sollte beispielsweise das Projekt "Essen einwandfrei" zum Umgang mit Jugendlichen bei Sachbeschädigung durch Graffiti fortgeführt werden. Dieses Projekt, bei dem jugendliche Straftäter die Schadenswiedergutmachung durch Eigenleistung bei Säuberungsmaßnahmen leisten, ist seit Jahren in Düsseldorf ein Erfolgsmodell.

Im Umgang mit Dirtbiking setzen wir auf einen Ausgleich zwischen dem Naturschutz und den Freizeitinteressen. Durch das Ausweisen von Dirtbiking-Parcours oder -Zonen in städtischen Wäldern können Konflikte mit anderen Waldnutzern vermieden und die Natur geschützt werden.



17. RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS BEKÄMPFEN

DIE BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS UND ENTSPRECHENDER EINSTELLUNGEN IST EIN GEBOT AUS UNSER GESCHICHTLICHEN VERANTWORTUNG UND EINE NOTWENDIGKEIT FÜR EINE MENSCHLICHE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT. BEI KOMMUNAL- WIE EUROPAWAHL GILT: KEINE STIMME FÜR RECHTSRADIKALE

Seit Jahren gibt es in Essen eine etablierte rechte Szene. Sie ist in unterschiedlichsten Organisationsgraden in verschiedenen Stadtteilen anzutreffen.

VON PRO NRW, NPD ...

Im Ruhrgebiet als multiethnischem Raum versucht diese rechte Szene, Ängste und Vorurteile zu schüren, um ihrem menschenverachtenden Gedankengut Nährboden zu verschaffen. Darüber hinaus sind die Strukturen in Essen noch im Aufbau begriffen. Durch einschlägige Geschäfte, in denen sich Rechtsnationale mit Musik und Kleidung sowie den neuesten Infos aus der Szene versorgen und Netzwerke aufbauen oder durch Partei- beziehungsweise parteiähnlichen Strukturen versuchen sie, durch Mandate und die Abschöpfung öffentlicher Mittel ihre Strukturen zu finanzieren. Trauriges Beispiel dieser Strategie ist die kürzlich in Essen eingerichtete Parteizentrale der rechtsnationalen NPD in Essen-Kray. Auch Kameradschaften sind ein lange zu beobachtendes Phänomen im Norden unserer Stadt, die durch Drohung und Angstszenarien versuchen, in sogenannten "nationalbefreiten Zonen" die Deutungshoheit darüber zu gewinnen, wer sich im Stadtteil frei bewegen darf und wer nicht.

GRÜNE haben sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus verpflichtet. Gemeinsam organisieren wir uns mit unseren Netzwerkpartnern, um Aufklärungsarbeit zu leisten und vereint gegen den rechten Mob zu demonstrieren.

Im Polizeibeirat stehen wir auch weiterhin für das Einfordern einer konsequenten Nichtgenehmigungspolitik bei rechtsextremen Demonstrationsanträgen, das Ausschöpfung aller juristischen Mittel und die Vermeidung von Demonstrationen bzw. Aufmärschen an provokanten Orten wie Flüchtlingsheimen oder Moscheen.

Bei der Betrachtung rechtsextremistischer Strukturen in den Kommunen ist ein immer wieder kehrender Prozess zu beobachten. Anfänglich wird das Problem kleingeredet. Kommunale Verantwortungsträgerinnen und -träger werden in der Regel erst dann aufmerksam, wenn sich das Problem durch einschlägige Aktionen von Neonazis nicht mehr leugnen lässt. GRÜNE sind der Meinung, dass es so weit in Essen gar nicht erst kommen darf. Wir wissen um die vielen Akteure aus dem kirchlichen, dem gewerkschaftlichen, dem politischen oder dem unorganisierten Milieu mit ihren kreativen, vielfältigen Aktionen und Angeboten gegen rechts. Wir wissen aber auch, dass es ohne die Unterstützung der gesamten Stadtgesellschaft, der Stadtspitze und ohne die Bereitstellung öffentlicher Mittel immer schwieriger wird, Aktionen im größeren Umfang zu realisieren. Deshalb fordern wir, dass die Stadtverwaltung in Kooperation mit den Netzwerkpartnern dieser Stadt einen kommunalen Aktionsplan "Strategien gegen Rechtsextremismus" entwickelt, ihn mit ihnen umsetzt und sich bemüht, durch die konzeptionelle Aufbereitung Fördermittel aus Land und Bund abzurufen.

18. POLITIK FÜR EINE BESSERE BILDUNG

UNSERE SCHULEN SOLLEN ZU ORTEN DES LEBENS UND LERNENS WERDEN – FÜR ALLE KINDER, GLEICH OB SIE BESONDEREN FÖRDERBEDARF HABEN, HOCHBEGABT SIND ODER EINE MIGRATIONSGESCHICHTE BESITZEN.

GRÜNE wollen, dass Schulen nicht bloßer Lernort sind, sondern zum Kristallisationspunkt für kulturelle und soziale Aktivitäten in ihrem Stadtteil werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich viele Schulen unserer Stadt bereits mit neuen pädagogischen Konzepten auf den Weg gemacht. Als Schulträger ist die Stadt in der Pflicht, die sachliche und räumliche Voraussetzung für optimale Bildungsverläufe zu schaffen. Alle Schultypen müssen sich dabei dem gesellschaftlichen Wandel stellen und Veränderungen mitgestalten. Die Entwicklung der Schülerzahlen wird in den kommenden Jahren zur planerischen Herausforderung, die auch eine Zusammenlegung von Schulstandorten zur Folge haben kann.

WEITERER WANDEL IM GRUNDSCHULBEREICH IST NOTWENDIG

Im Grundschulbereich gilt es, die Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen zu verbessern. Die Offene Ganztagsschule – vor einigen Jahren noch kritisch von Eltern betrachtet – ist heute ein Erfolgsmodell. In den nächsten Jahren wollen wir GRÜNE den Offenen Ganztag stärken und die Qualität verbessern. Das bedeutet auch, mehr Mittel in diesem Bereich bereit zu stellen. Eine verlässliche Vertretung in Krankheitsfällen muss gewährleistet werden. Wir wollen die Kooperation von Ganztags(grund)schulen mit den Sportvereinen vor Ort stärken. Beispielgebend ist das Projekt "spin – sport interkulturell" des Landessportbundes, an dem bereits einige Essener Sportvereine teilnehmen.

Wir unterstützen die Entwicklung von gebundenen Ganztagsgrundschulen als weiteren Baustein zu größerer Chancengleichheit von Schülerinnen und Schülern. Dazu bedarf es allerdings weiterer finanzieller Unterstützung des Landes für eine ausreichende pädagogische Personalausstattung, die über reine Betreuung hinausgeht. Die Grundschulen müssen außerdem durch bauliche Maßnahmen in die Lage versetzt werden, pädagogische Kleingruppenarbeit zu leisten. GRÜNE werden sich auch künftig für den Vorrang von Gemeinschaftsgrundschulen vor Bekenntnisgrundschulen einsetzen. Ziel muss es sein, dass jeder Stadtteil über eine Gemeinschaftsgrundschule verfügt.

Wir halten eine räumliche Einheit von Kindergärten mit Grundschulen in einem Schulgebäude als "Haus des Lernens" für vorbildlich. Nach diesem Konzept entstehen derzeit das Haarzopfer Haus des Lernens sowie eine gemeinsam Nutzung von Grundschule und Kita in der ehemaligen Hauptschule in Karnap.

Allerdings wird die Stadt angesichts knapper Haushaltsmittel und zurück gehender Schülerzahlen in den kommenden sechs Jahren nicht jeden heutigen Schulstandort erhalten können. Tatsächlich ist nicht immer die nächstgelegene Schule die beste, sondern diejenige, die in Lehrerversorgung, Schulausstattung und Gebäudezustand differenzierte pädagogische Möglichkeiten anbieten kann.

VERTEILUNGSKAMPF ZWISCHEN DEN SCHULTYPEN ÜBERWINDEN

Alle in Essen angebotenen Schultypen – Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, wie auch Förderschulen und berufsbildende Schulen – sind gefordert, Wege für eine bestmögliche Bildungs- und Berufskarriere ihrer Schülerinnen und Schüler zu ebnen. Angesichts weiter sinkender Schülerzahlen wollen wir frühzeitig Schulkooperationen und Zusammenschlüsse aus den Schulen heraus entwickeln, um Schulschließungen zu verhindern. Im Sinne der Angebotsvielfalt begrüßen wir, dass das Gymnasium Borbeck das Abitur erst in der 13. Klasse durchführt (G 9-Modellschule).

Wir wollen das Gesamtschulangebot in Essen weiter ausbauen und die bestehenden Gesamtschulen strukturell stärken. Die Gesamtschule ist eine Schule für alle Kinder. Sie hat den Anspruch, die ihr anvertrauten Kinder zu behalten und zu einem höchstmöglichen Schulabschluss zu führen. Da die Gesamtschule ihre Schülerinnen und Schüler erst nach 9 Jahren (G 9) zum Abitur führt, bietet sie außerdem eine gute Alternative zum Schulstress des G 8-Systems der Gymnasien.

AUF DEM WEG ZUR INKLUSIVEN SCHULE

Die Weiterentwicklung des gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne besonderen Förderbedarf werden GRÜNE in den nächsten Jahren positiv begleiten und unterstützen.

Während an den Grundschulen die Inklusion vielerorts bereits Realität ist, werden die Integrationsprozesse neuer Schülergruppen in den weiterführenden Schulen noch eine Reihe von Schuljahren andauern. Das System der Förderschulen mit ihren verschiedenen Schwerpunktsetzungen wird in dieser Zeit, wenn auch in gestraffter Form, bestehen bleiben. Niemand soll gezwungen werden, ein Kind in der Regelschule lernen zu lassen, der aktuell in einer Förderschule bessere Chancen für die Entwicklung seines Kindes sieht. Auf mittlere Sicht müssen aber die bisherigen förderpädagogischen Ressourcen, also Lehrkräfte wie auch Schulgebäude, Teil des schulischen Regelangebots werden. Längerfristig streben wir an, einen überwiegenden Teil der heutigen Förderschülerinnen und Förderschüler in Regelschulen adäquat beschulen zu können.

DRINGENDER NACHHOLBEDARF AN SCHULSANIERUNGS- UND NEUBAUMITTELN

Während Lerninhalte und Personalbestand der Schule Landesangelegenheit sind, ist die Stadt Essen als Schulträger für den baulichen Zustand und die technische Einrichtung der Schulgebäude verantwortlich.

Hier besteht durch das Zurückfahren der Bauunterhaltungsmittel in den letzten Jahren der Nothaushalte ein großer Nachholbedarf, der mit zusätzlichen Sanierungs- und Investitionsprogrammen ausgeglichen werden muss. Neue pädagogische Aufgaben, wie die Inklusion, erfordern Umbauten in vielen Schulen (u.a. zusätzliche Räume für kleinere Lerngruppen, Aufzüge, modernisierte Sanitäranlagen).

Insbesondere an den großen Schulbauten der siebziger Jahre, wie der Frida-Levy-Gesamtschule und der Gesamtschule an der Bockmühle müssen Investitionsmittel für Generalsanierungen bereitgestellt werden. Bei der Gustav-Heinemann-Gesamtschule ist der Sanierungsbedarf inzwischen so hoch, dass wir uns für einen Neubau der Schule aussprechen.

Noch immer gibt es nicht an jeder weiterführenden Schule Möglichkeiten für eine Mittagspause mit einer warmen Mahlzeit. Wir wollen, dass dies zum Regelfall wird.

BESSERE VERKNÜPFUNG DER SCHULE MIT ANDEREN LEBENSBEREICHEN

Bildung, Bewegung, soziale und kulturelle Förderung, schulpsychologische, gesundheitliche und erzieherische Beratung gehören für uns zusammen. Deshalb ist die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe, Schule und Berufseintritt weiter zu verbessern.

Nur so können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass zukünftig kein Kind in Essen mehr die Schule ohne Schulabschluss verlässt. Die große Chance, die z.B. der erweiterte kulturelle Hintergrund Kindern mit Migrationsgeschichte bieten kann, darf nicht durch fehlende Förderung in der Kitazeit bzw. der Grundschule verspielt werden. Gute Schulbildung wird aber weniger durch Fragen wie "Migrationshintergrund" bestimmt als vielmehr durch soziale Unterschiede. GRÜNE wollen daher unsere Schulen als solidarische Einrichtungen stärken. Wir wollen Schulen unterstützen und ermutigen, nicht nur im Unterricht, sondern darüber hinaus mit ihren Kontakten in den jeweiligen Stadtteil hinein den Kindern und Jugendlichen zusätzliche soziale und kulturelle Chancen zu eröffnen.

ESSEN ALS KREATIVE "STADT DER WISSENSCHAFT" STÄRKEN

GRÜNE stehen für Essen als einen starken Hochschul- und Wissenschaftsstandort. Mit der Universität Duisburg-Essen (UDE), der Folkwang Universität der Künste, der privaten FOM-Hochschule, dem Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) sowie anderen Wissenschaftseinrichtungen gibt es in Essen wichtige Impulsgeber für die ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung unserer Stadt. Essen ist zudem Herzstück der Metropolregion Ruhr, die mit 21 Hochschulen und 14 außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine der attraktivsten und dichtesten Wissenschaftsregionen Europas bildet. Neue Technologien, gute Ideen und vielfältige Talente aus dem In- und Ausland bereichern Essen und machen es zukunftsfähiger, kreativer und internationaler.

Wissenschaft birgt für unsere Kommune erhebliche Potenziale, die wir noch stärker entfalten wollen. Essen und das Ruhrgebiet wollen wir daher als Region der Kreativität, der Innovationen und des lebenslangen Lernens positionieren und profilieren. Wir begrüßen, dass Essen sich zunehmend als Universitätsstadt begreift. Wir wertschätzen und greifen die Entwicklungsimpulse aktiv auf, die allen voran die Hochschulen setzen. Die Erfolgsgeschichte der Öffnung der UDE in die Stadtgesellschaft wollen wir fortschreiben. Das neue Universitätsviertel und die baulichen Erweiterungen auf dem Campus bereichern die Stadtentwicklung im Zentrum.

Wir wollen Essen weiter als Standort der Umweltbildung profilieren. Förderung grüner Qualifikationen findet bereits in zahlreichen Einrichtungen wie dem Bildungszentrum für die Entsorgungs- und Wasserwirtschaft, dem Gas- und Wärmeinstitut Essen, dem Gartenbauzentrum Essen der Landwirtschaftskammer NRW, dem Haus der Technik, dem Umweltbildungszentrum "Schule Natur" im Grugapark oder dem Zentrum für Wasser- und Umweltforschung der Universität Duisburg-Essen statt.

Wir unterstützen die Aktivitäten der Essener Hochschulen für mehr Bildungsaufstieg: Diversity-Programme für potenzielle Bildungsaufsteiger, die regelmäßige "Kinder-Uni" und das Projekt "UniAktiv" schaffen Netzwerke zwischen Hochschule und Stadt, die es weiter auszubauen gilt. Wir wollen den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Wissenschaft intensivieren, vor allem im Bereich der Stadtplanung, der Wirtschaftsförderung und des Stadtmarketings sowie durch Kooperationen mit Schulen und anderen städtischen Einrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass sich ein Ratsausschuss regelmäßig auch mit den Anliegen und Zukunftsfragen von Hochschulen, Wissenschaft und Forschung in unserer Stadt befasst.

Essen ist gefordert, den wissenschaftlichen Beschäftigten und den über 40.000 Studierenden ein attraktiver Arbeits-, Studien- und Wohnort zu sein. Das gilt sowohl für ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot als auch für eine gute Infrastruktur von der Kita bis zum öffentlichen Nahverkehr. Wir wollen Studienanfänger und wissenschaftlichen Nachwuchs besser unterstützen, z.B. bei der Wohnungs- und Nebenjobsuche, mit Praktika- und Job-Angeboten der lokalen Wirtschaft sowie attraktiven Freizeitmöglichkeiten. Wir wollen mehr Studierende, Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen als Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gewinnen.



19. POLITIK FÜR EINE JUGENDGERECHTE GROSSSTADT

WIR GRÜNE MACHEN UNS STARK FÜR MEHR BETEILIGUNG UND MITSPRACHE VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN ESSEN.

Wir fordern eine stärkere und verbindliche Kinder- und Jugendbeteiligung bei konkreten Projekten und kommunalen Entscheidungen, z.B. bei der Sozialraumplanung. Die Beteiligungsmöglichkeiten müssen jugendgerecht gestaltet sein und die Teilhabe aller Jugendlichen ermöglichen. Mit dem Projekt "mit-Wirkung" konnten in Essen innovative Partizipations-Projekte auf Bezirksebene für Jugendliche mit Jugendlichen entwickelt und ausgebaut werden; darauf wollen wir aufbauen. Das erste stadtweite Jugendforum hat gezeigt, dass sich junge Menschen für die Gestaltung ihrer Stadt und ihrer Umwelt interessieren und stark machen. Daher wollen wir künftig ein jährliches Jugendforum initiieren, bei dem auch die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Bezirksvertretungen mit Jugendlichen ins Gespräch kommen können.



Das erfolgreiche Kinderforum muss abgesichert werden. Grundschülerinnen und Grundschüler lernen hier die Arbeitsweise von Verwaltung und Stadtrat kennen, treffen Ratsmitglieder, können Fragen und Anregungen aus ihrem Stadtteil oder aus ihrer Schule mit einbringen. Gerade bei den Themen Freiraumgestaltung, Spielplätze auf Schulhöfen und im Stadtteil sollen Kinder und Jugendliche beteiligt werden.

JUGENDLICHE BRAUCHEN ATTRAKTIVE FREIZEITANGEBOTE

Jugendliche bereichern unsere Innenstadt und die Stadtteile. Wir wollen nicht, dass sie aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, sondern ihnen Räume zur Selbstentfaltung ermöglichen. Die Lücke, die die Schließung des Jugendzentrums Papestraße hinterlassen hat, konnte nicht vollständig durch die Weststadthalle geschlossen werden. Es fehlt ein zentrales Aufenthaltsangebot für Jugendliche sowie kostenlose Räume, die für Bildungs- und Kulturarbeit sowie für politische Jugendarbeit genutzt werden können.

Für uns GRÜNE ist das vielfältige Angebot der Jugendverbände ein unverzichtbarer Bestandteil der Freizeitgestaltung und der Selbstorganisation von Jugendlichen. Daher werden wir die Jugendverbandsarbeit weiterhin unterstützen und sie aktiv bei der Entwicklung von Mitsprachemöglichkeiten einbinden.

Auch in der Jugendarbeit ist Inklusion für uns ein zentrales Anliegen. Daher haben wir in einem ersten Schritt den Aktionsplan "Essen. Inklusiv" um das Thema Kinder- und Jugendarbeit ergänzt. Wir wollen hierfür Projektmittel im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplanes bereitstellen, damit mehr Angebote für Jugendliche mit und ohne Handicap angeboten werden können (u.a. auch Jugendfreizeitfahrten).

JUGENDKULTUR FÖRDERN UND SICHERN

Die Weststadthalle hat sich als attraktiver Konzert- und Event-Raum für die Essener Jugendlichen etabliert. Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass jugendkulturelle Veranstaltungen in Essen gefördert werden. An erster Stelle ist das Werdener Pfingst-Open-Air zu nennen, das aufgrund der aktuellen Haushaltssperre nur mithilfe von Sponsoren und Spenden stattfinden kann. Auch beim Stadtfest Essen. Original muss die Jugendbühne weiterhin ein fester Bestandteil bleiben.

JUGEND BRAUCHT CHANCEN

Auch in Essen ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen immer noch zu hoch! Daher wollen wir eine Ausbildungsoffensive starten. Unter Federführung des JobCenters, des Jugend- und des Schulamtes wollen wir eine Jugendkonferenz zum Thema "Ausbildung und Beruf" durchführen und dafür werben, dass mehr Ausbildungsstellen geschaffen werden. Als Stadt Essen müssen wir Vorreiterin sein und wollen künftig die Zahl der Ausbildungsstellen erhöhen.

Jugendliche, die nur eine Duldung besitzen, müssen endlich die Chance haben, eine Ausbildung zu machen oder eine Arbeit aufzunehmen. Wir wollen daher eine ausländerrechtliche Beratungskommission anregen, die zusammen mit der Ausländerbehörde dafür sorgt, dass diese jungen Menschen endlich eine Zukunftsperspektive bekommen. Die bereits bestehenden gesetzlichen Neuregelungen zum erleichterten Arbeitsmarktzugang müssen gerade für geduldete Jugendliche in Essen genutzt werden!

Wir begrüßen die Einrichtung einer gemeinsamen Jugendberufsagentur von JobCenter, Arbeitsagentur und Jugendamt, um die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung, Ausbildung und Beruf besser zu gestalten.

Das von uns angestoßene Thema des Übergangs von jungen Erwachsenen aus der stationären Jugendhilfe in die Selbständigkeit wollen wir weiter begleiten und dazu eine Fachtagung anregen.

20. POLITIK FÜR ÄLTERE UND BEI PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT

BIS 2030 WERDEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN 27,4% ALLER EINWOHNERINNEN UND EINWOHNER ÜBER 65 JAHRE SEIN. DER ZUNEHMENDEN ZAHL ÄLTERER MENSCHEN STEHEN IMMER WENIGER KINDER GEGENÜBER.

Prognosen gehen davon aus, dass dieser Trend bis 2050 weiter anhält und sich eher noch verstärkt. Der Anteil der Menschen – in der Mehrzahl Frauen – die im Alter ohne Angehörige sind und alleine leben, wird den Prognosen zufolge ebenfalls weiter steigen.

ALLES IN "PANTOFFELNÄHE"

Gerade aufgrund der demographischen Veränderung wird es noch wichtiger, eine Stadt der kurzen Wege zu ermöglichen, wo Wohnen, Einkaufen, Gesundheitsversorgung und haushaltsnahe Dienstleistungen in erreichbarer Nähe sind.

Schon heute sind viele Stadtteile ohne Lebensmittelgeschäft, Bäckerei oder Facharztpraxis. Gerade in diesen Stadtteilen leben aber häufig ältere Menschen.

Daher wird es in den kommenden Jahren wichtig sein, Versorgungssicherheit zu schaffen – damit Menschen im Alter nicht aus ihrem gewohnten Umfeld wegziehen müssen, nur weil die Versorgung nicht klappt.

Wir wollen für Essen einen Masterplan "(Alten)gerechte Quartiere" aufstellen. Dazu sollen in einem ersten Schritt Daten zu den Quartieren erhoben, Bedarfe ermittelt und mit allen Akteuren im Sozialraum ein Konzept erarbeitet werden.

DIE STADT ESSEN STEHT VOR FOLGENDEN HERAUSFORDERUNGEN:

- bauliche Anpassungen von Wohnungen und Wohnquartieren; Förderung neuer Wohnformen (Mehrgenerationenhäuser, Alten-WG's etc.),
- Dienstleistungsangebote aller Art (Einkaufsservice, zugehende Hilfen, Fahrdienste),
- Gesundheitsversorgung, Pflege- und Unterstützungsbedarf, Beratungsangebote, Angebote der sozialen Betreuung, haushaltsnahe und pflegeunterstützende Dienstleistungen,
- Bestehende stationäre Pflegeeinrichtungen müssen ein Baustein der altengerechten Quartiersentwicklung sein, z.B. können sie einen offenen Mittagstisch anbieten oder ihre Gemeinschaftsräume für Begegnung und Kommunikation im Stadtteil öffnen.

SELBSTBESTIMMT LEBEN IM ALTER

Ein wichtiger Baustein für ein möglichst langes, selbstbestimmtes Leben im Alter ist das gemeinschaftliche Miteinander. Isolation und Vereinsamung im Alter müssen verhindert werden, eine große Herausforderung angesichts wegbrechender Familienstrukturen und der heute oft erwarteten Mobilität an die arbeitende Bevölkerung.

Persönliche Netzwerke sind wichtig; das Miteinander im Quartier muss möglichst wohnortnah und niederschwellig durch Angebote gefördert werden. Auch generationenübergreifende Kontakte müssen unterstützt werden. Hierbei kommt den Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen eine Schlüsselrolle zu.

Beispiele für Begegnungen im Quartier sind Quartiersstammtische, monatliche Generationen-Frühstücke mit Kinderbetreuung, gemeinschaftlich genutzte Gartenflächen oder Waschsalons für Studierende im Pflegeheim.

Mit der Initiative, einen Seniorenförderplan "Aktiv und mobil" aufzulegen und auch finanziell auszustatten, ist ein erster Schritt getan, die ältere Generation besser gegen Vereinsamung und Depression zu schützen. Das erfolgreiche Projekt der Spaziergangspaten in den Stadtteilen soll weitergeführt werden. Gleichzeitig brauchen wir Angebote für Menschen, die nicht mehr so mobil sind. Wir möchten Unterstützungsmaßnahmen, die präventiv wirken, ausbauen (haushaltsnahe Dienstleistungen, Einkaufsservice, Besuchskreise etc.).



... UND MIT HANDICAP

Menschen mit Handicap sollen dabei unterstützt werden, selbständig in der eignen Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft zu leben. Daneben wollen wir inklusive Begegnungsstätten fördern, in denen soziale Begegnung wohnortnah zu einem lebendigen Quartier beitragen. Für uns beginnt Inklusion damit, dass Kinder mit Behinderungen selbstverständlich von Anfang an in Kita, Kindertagespflege und Schule dabei sind. Später muss die Wahl eines passenden Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes möglich sein. Betriebsintegrierte Arbeitsplätze jenseits der Werkstätten sollen besonders gefördert werden. Wir wollen Anreize bieten, Integrationsfirmen zu gründen oder betriebsintegrierte Arbeitsplätze einzurichten und möchten dafür einen jährlichen Preis ausloben ("Vielfalt Unternehmen").

Die Stadt Essen muss hier eine Vorbildfunktion einnehmen und mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Auch Ausbildungsplätze müssen stärker jungen Menschen mit Behinderungen offen stehen.

Soziale Begegnungen und Teilhabe sind aber nur möglich, wenn Menschen mit Behinderungen sich möglichst frei bewegen können. Dazu gehört für uns ein verbesserter, flexiblerer Fahrdienst, der kurzfristig für Fahrten gebucht werden kann. Daneben wollen wir den ÖPNV weiter barrierefrei ausbauen.

GEWALT IN DER PFLEGE: HILFE UND BERATUNG

Gewalt in der Pflege ist ein Tabuthema mit einer hohen Dunkelziffer. Untersuchungen zeigen, dass sowohl pflegende Angehörige als auch pflegebedürftige Personen in hohem Maße davon betroffen sind.

Die Essener Akteure haben unter Beteiligung der Politik dieses Thema aufgegriffen und wollen weiter daran arbeiten. Dazu gehört für uns auch ein leicht zugängliches, niederschwelliges Angebot für Beratung in Krisen, z.B. eine Telefonhotline, an die sich Angehörige und Betroffene anonym wenden können.

Erforderlich ist eine Kooperation zwischen Einrichtungen des Opferschutzes, der Frauenhäuser sowie der Altenhilfe. Ein Runder Tisch sollte dazu eingerichtet werden. Auch die Pflegebedürftigen, die ohne Pflegestufe zu Hause von Angehörigen gepflegt werden, müssen wir im Fokus haben. Hier besteht oft nur die Interventionsmöglichkeit über die behandelnden (Haus-) Ärzte. Wir müssen Unterbringungsmöglichkeiten von Gewaltopfern auch unabhängig von Pflegestufen bereitstellen. Wir brauchen eine bessere Beratung von Angehörigen vor Übernahme der Pflegeverantwortung, insbesondere, wenn der zu Pflegende dementiell erkrankt ist.

In Pflegekursen sollten Deeskalationsstrategien unterrichtet werden. Wir brauchen Entlastungsmöglichkeiten für Angehörige. Wir müssen Akteure und Akteurinnen dafür sensibilisieren besser hinzuschauen: über die Weiterbildung von ärztlichen Fachkräften, Pflegekräften und Hausärzten. Informationen sollen helfen, dass Nachbarn, Freunde oder Angehörige Misshandlungen besser erkennen können.

21. POLITIK FÜR FAMILIEN UND KINDER

KINDER UND JUGENDLICHE STEHEN IM MITTELPUNKT UNSERER POLITIK. SOWOHL IN DEN KINDERTAGESSTÄTTEN ALS AUCH IN DEN SCHULEN WOLLEN WIR ALLEN KINDERN FAIRE BILDUNGSCHANCEN ERÖFFNEN UND KEIN KIND ZURÜCKLASSEN.

In den letzten Jahren konnten die Angebote der Kinderbetreuung für Unter-3-jährige ausgebaut werden. Der Bedarf an Kita-Plätzen ist aber längst noch nicht gedeckt. In einer Großstadt wie Essen werden in den nächsten Jahren weitere Kitagruppen benötigt. Wir möchten auch neuen Kita-Trägern mit innovativen Konzepten (inklusiv, mehrsprachig usw.) die Möglichkeit geben, Kitas zu gründen.

Dabei sind flexible und arbeitszeitkompatible Öffnungszeiten die Voraussetzung, damit die Vereinbarung von Beruf und Familie (Familie und Beruf) klappt. Auch die Kindertagespflege muss gleichberechtigter qualitativ gefördert werden. Gerade für Randzeiten-Betreuung wird Kindertagespflege in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen.

Wir wollen, dass Kinder mit Behinderung ganz selbstverständlich die Kita in ihrem Stadtteil besuchen können. Daher begrüßen wir die individuelle Fördermöglichkeit in Regeleinrichtungen, die über den Landschaftsverband Rheinland ab dem Kita-Jahr 2014/15 bereitgestellt wird.

GRÜNE WOLLEN GELINGENSBEDINGUNGEN FÖRDERN

Kinder bereichern das Leben. Leider sind sie immer noch für viele Eltern ein Armutsrisiko. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist heute eine gesellschaftliche Querschnittsaufgabe. In Essen ist jedes 3. Kind von Armut betroffen. Die Verteilung auf die Stadtbezirke variiert zwischen 7% und 46% sehr stark.

Gegen Kinderarmut gibt es kein Patentrezept. Als Kommune kann die Stadt Essen die Folgen von Armut höchstens abfedern und abmildern. GRÜNE wollen Teilhabechancen ermöglichen. Das von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) hat sich allerdings als wahres Bürokratiemonster herausgestellt, das nur durch die flankierende Arbeit der Jugendschulsozialarbeit gezähmt werden konnte. Diese wichtige Stütze ist leider Ende



2013 weggefallen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stadt auch weiterhin an den Schulen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vorhält, um Bildungschancen zu vergrößern. Leider ist nicht zu erwarten, dass die große Koalition in Berlin Verbesserungen am Bildungs- und Teilhabepaket vornehmen oder gar die Schulsozialarbeit aus Bundesmitteln unterstützen wird. Daher bleibt die Aufgabe an den Kommunen hängen, dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche Lernförderung erhalten, Kultur- und Sportangebote wahrnehmen oder an Klassenfahrten teilnehmen können.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass ab 2015 die schulbezogene Jugendsozialarbeit jährlich mit 1 Million Euro zusätzlich gefördert wird, um die Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen besser zu gestalten. Dieses Geld steht aus den nicht-verausgabten Mitteln für Schulsozialarbeit aus 2011 und 2012 zur Verfügung.

Sprachförderung in Kindergärten ist unerlässlich. Insbesondere für Kinder aus Migrantenfamilien, aber zunehmend auch für deutsche Kinder bildet sie die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schul- und Berufsausbildung. Den Ausbau bilingualer Kindertagesstätten in Essen werden wir weiter voranbringen. Auch Essener Grundschulen sollen dabei unterstützt werden, sich zu "Europaschulen" weiterzuentwickeln. Die Mehrsprachigkeit unserer Kinder ist eine wichtige Ressource für die Zukunft.

GRÜNE STEHEN FÜR DEN SCHUTZ VOR GEWALT UND VERNACHLÄSSIGUNG

In den meisten Essener Familien wachsen Kinder in einer liebevollen und förderlichen Umgebung auf. Doch es gibt auch Familien, in denen die Eltern überfordert sind und Hilfestellung und Entlastung benötigen. GRÜNE setzen auf präventive Hilfsangebote, z.B. auf die Vernetzung der Familienzentren mit Angeboten der Elternbildung und Erziehungsberatung, den Ausbau des sozialen Frühwarnsystems (Sicherer Start/ Familienhebammen), Familien unterstützende und -entlastende Maßnahmen, z.B. durch Wochenendöffnungen von Kitas sowie die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe.

Bislang wurden in Essen suchtpräventive Maßnahmen als gezielte Unterstützung für von Armut betroffene Familien stets außen vor gelassen. So wurde die Suchtprävention in die Präventionsoffensive, in die Implementierung von Familiencoaches, der Verankerung von Schulsozialarbeit in Schulen als Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule nicht mit eingebunden. Viele Studien weisen auf einen Zusammenhang zwischen Armut und dem erhöhten Risiko einer Suchtentwicklung hin. Aus unserer Sicht gilt es, in Essen die Suchtprävention als festen Bestandteil der pädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen, Schulen und offenem Ganztag zu verankern.

Um die Resilienz (die Fähigkeit, erfolgreich mit belastenden Situationen oder traumatischen Erfahrungen umzugehen) bei Kindern zu fördern, wollen wir Fortbildungsprogramme für Erzieherinnen und Erzieher und Kita-Teams anregen. Beispielgebend ist hier "Papilio" zu nennen, ein Präventionsprogramm für Kindergärten, das die sozial-emotionale Kompetenz bei Kindern fördert, Verhaltensauffälligkeiten reduziert und Kinder vor der Entwicklung von Sucht und Gewalt schützt.

22. SOZIALPOLITIK FÜR ESSEN

WIR WOLLEN DIEJENIGEN UNTERSTÜTZEN, DIE AUF HILFE ANGEWIESEN SIND.

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (auf Sozialhilfeniveau) ist die Zahl der Menschen, die Leistungen zum Lebensunterhalt (ALG II) erhalten, auf über 80.000 gestiegen. Mehr als 22.000 Kinder leben in Bedarfsgemeinschaften, die "Hartz IV" erhalten.

Seit 2012 verantwortet die Stadt die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in alleiniger Trägerschaft (Optionskommune). Leider hat die schwarz-gelbe Landesregierung zwischen 2009 und 2013 die Mittel zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen um die Hälfte gekürzt, so dass auch wichtige Projekte der Arbeitsmarktförderung in Essen eingestellt oder gekürzt werden mussten. Die Große Koalition scheint im Koalitionsvertrag die Gruppe der Langzeitarbeitslosen abgeschrieben zu haben: sie kommen nicht mehr vor. Wir wollen aber in Essen die Menschen nicht einfach alimentieren, sondern wir wollen ihnen Chancen bieten, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Auch für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten (Suchtkranke, psychisch Kranke usw.) brauchen wir niederschwellige Beschäftigungsangebote, um eine Tagesstruktur einzuüben und wieder Selbstvertrauen fassen zu können.

GRÜNE WOLLEN DIE SOZIALE INFRASTRUKTUR ERHALTEN

Essen verfügt über ein enges Netz sozialer Hilfen, die zu einem großen Teil durch die Träger der Freien Wohlfahrtspflege erbracht werden, z.B. in der Wohnungslosenhilfe, Schuldnerberatung, Suchthilfe oder Frauenberatung. Rot-Grün hat seit 2010 einige Fehler der Vorgängerregierung korrigiert. In Essen konnten wir trotz der angespannten Haushaltslage die Mittel für das Essener Frauenhaus erhöhen, so dass hier wieder eine 4. Fachkraftstelle eingerichtet werden konnte.

Weil diese soziale Infrastruktur ein wichtiger Baustein für die soziale Großstadt Essen ist, werden sich GRÜNE auch in Zukunft dafür einsetzen, dass diese Einrichtungen mit Hilfe kommunaler Mittel auch in den nächsten Jahren ihre Arbeit weiterführen können. Dazu gehört auch der Ausbau der Frauenberatungsstelle "Frauen helfen Frauen" e.V., deren Beratungsleistungen nach Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes enorm angestiegen sind.

GRÜNE STEHEN FÜR EINE AKTIVE BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

Im Mittelpunkt GRÜNER Sozial- und Arbeitsmarktpolitik stehen die Betroffenen. Wir wollen arbeitsuchende Menschen in existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse bringen. Dazu brauchen wir eine aktive städtische Arbeitsmarktpolitik – vor allem für Jugendliche, Alleinerziehende und MigrantInnen. So unterstützen wir z.B. Projekte des Essener Konsens´, wie "Neue Wege zum Wasser", um Langzeitarbeitslose wieder in den 1. Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber auch für Menschen ohne realistische Perspektive auf einen Arbeitsplatz müssen in Zukunft neue Wege gesucht werden. Wir unterstützen öffentlich geförderte Beschäftigung in sozialen Unternehmen und Gemeinwesenbetrieben sowie den Aufbau von sozialen Betrieben, in denen Langzeitarbeitslose tarifgerecht bezahlte Arbeit finden.

Jugend braucht Ausbildung. Daher setzen wir uns dafür ein, die Einrichtungen der Jugendberufshilfe in ihren Bemühungen zu unterstützen, Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Auch die Stadt Essen muss weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger ausbilden. Dabei ist uns besonders wichtig, dass der Anteil der städtischen Auszubildenden mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen durch gezielte Werbung und Ansprache erhöht wird. Durch Teilzeitausbildung können gerade allein erziehende Auszubildende eine Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt erhalten.

GRÜNE setzen sich für eine geschlechtergerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt ein. Geeignete Maßnahmen sind eine gezielte und aufeinander abgestimmte kommunale Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen, insbesondere von jungen Frauen und Paaren, zu verbessern. Dazu gehören auch familiengerechte Arbeitszeitmodelle. In vielen Berufen mit Schicht- und Wochenenddiensten (vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich) benötigen wir ein gutes Angebot an flankierender Kinderbetreuung über qualifizierte Tagespflegepersonen. Die bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen in Kitas und Schulen ist die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

Wir haben den Anstoß dazu gegeben, dass in Essen lebende Asylbewerberinnen und Asylbewerber schneller die Möglichkeit erhalten sollen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Dies ist eine Win-win-Situation: für die Asylbewerberinnen und Asylbewerber gilt es, die berufliche Qualifikation zu erhalten und auszubauen, für die Stadt bedeutet es Einsparungen im Bereich der Sozialleistungen. Hier wollen wir eine Stelle beim Amt für Soziales und Wohnen einrichten, die sich gezielt um die Vermittlung dieser Personengruppe kümmert. Auch die Migrantenorganisationen sollen mit einbezogen werden (Migranten beraten Migranten). Eine enge Kooperation mit der Ausländerbehörde im Sinne der Betroffenen ist dabei eine zentrale Voraussetzung.



23. KULTURPOLITIK

ESSEN HAT EINE VITALE UND IM RUHRGEBIET HERAUSRAGENDE KULTURSZENE. KULTUR IST FÜR DAS GUTE LEBENSGEFÜHL IN UNSERER STADT, FÜR DEN ZUSAMMENHALT UNSERER STADTGESELLSCHAFT SOWIE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN PROSPERITÄT IN UNSERER STADT WICHTIG.

Trotz schwieriger Haushaltslage ist es GRÜNEN gelungen, das hervorragende Kulturangebot aufrecht zu erhalten. Die Vielfalt der Essener Kultur zeigt sich gleichermaßen in der Stadteilbücherei oder im Kreativquartier City Nord wie auch in der Gesamtheit von Theater und Philharmonie und in zahlreichen soziokulturellen Zentren, wie z.B. dem Grend in Steele, dem Katakombentheater in Rüttenscheid, der Zeche Carl in Altenessen oder dem Storp 9 im Südostviertel. Die Nachhaltigkeit von Essen als Kulturhauptstadt Europas manifestiert sich in anhaltend hohen Besucherzahlen in den Kultureinrichtungen sowie der wachsenden Anzahl an Übernachtungsgästen in Essen. Im Kulturbereich steht die Kommunalpolitik jedoch vor vielen Herausforderungen: steigende Personal- und Energiekosten und die Notwendigkeit der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung machen es notwendig Prioritäten zu setzen.

KULTUR FÜR ALLE



GRÜNE wollen für alle Essenerinnen und Essener, unabhängig
von Geldbeutel, Herkunft sowie
von Alter und Geschlecht attraktive kulturelle Angebote schaffen.
Die kulturelle Grundversorgung
(Bibliotheken, Musikschulen,
Volkshochschule, Haus der Essener Geschichte u.a.) muss in der
Qualität und Quantität erhalten
werden. Wir haben trotz massiver
Sparvorgaben dazu beigetragen,
alle fünf Sparten Aalto-Musik-

theater, Aalto Ballett Theater, Essener Philharmoniker, Schauspiel Essen sowie Philharmonie Essen bei der Theater und Philharmonie Essen (TUP) in seiner hohen Qualität zu erhalten. Für den neugewählten Rat wird der dann zu verabschiedende Doppelhaushalt 2015/2016 die Nagelprobe für den Erhalt der freien Kulturträger und für die 5 Sparten der TUP bedeuten. In Anerkennung der großen Sparbemühungen im gesamten Kulturbereich und den gleichzeitig stetig steigenden Betriebskosten ist hier allerdings das Ende der Sparbemühungen erreicht. GRÜNE wollen die kulturelle Vielfalt der Stadt sowohl in der freien Szene als auch in der TUP mit ihren überregional bedeutsamen Einrichtungen erhalten, auch wenn wir hier zum Teil strukturelle Defizite auffangen müssen. Die Kultureinrichtungen der Stadt insgesamt sind nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern auch als Bildungseinrichtungen unverzichtbar.

In Zeiten knapper Kassen wird Förder- und Verteilungsgerechtigkeit zu einer zentralen kulturpolitischen Aufgabe. Wir müssen dabei weg von einer politischen Konzentration auf kulturelle Prestigeobjekte und stattdessen Kultur und Kreativität als Bedürfnisse aller Essener Bürgerinnen und Bürger begreifen und ihnen die Teilhabe durch finanzielle Anreize oder besondere, zielgruppenspezifische Angebote ermöglichen. Wir haben auf diesem Weg schon einiges erreicht: Die Schließung von Stadtteilbibliotheken ist trotz der Sparvorgaben des Kämmerers durch uns verhindert worden. Die freien Träger der Kultureinrichtungen haben dank GRÜNER Initiative erstmalig im Doppelhaushalt 2013/14 eine Erhöhung der Zuschüsse erhalten. Rund 7 Mio. Euro wurden in den letzten Jahren in die Zeche Carl investiert, die nunmehr erfolgreich wirtschaften kann.

Der großartige Bürgerwille zum Erhalt beispielsweise der Lichtburg oder des Filmstudios und der persönliche und finanzielle Einsatz von vielen Gruppen und Einzelpersonen hat gezeigt, dass die Essenerinnen und Essener sehr wohl an ihrer kulturellen Identität und ihrer Kulturgeschichte interessiert sind und diese mitgestalten wollen und können. Ohne dieses zivilgesellschaftliche Engagement, das weit über das lediglich ehrenamtliche Engagement hinausgeht, wäre unser kulturelles Leben nicht von so hoher Qualität und Vielfalt. Das bürgerschaftliche Engagement hat Tradition in unserer Stadt. Es muss intensiver unterstützt und durch eine entsprechende Anerkennungskultur gewürdigt werden.

GEZIELTE FÖRDERUNG KULTURELLER ANGEBOTE

Wir wollen kulturelle Akzente setzen, die sich auch an sozialen Aspekten orientieren. Die Förderung der kulturellen Eigenkreativität hat das gleiche Gewicht wie die Förderung der spezialisierten und professionalisierten Kunst und Kultur. Bewährte, förderwürdige Projekte und Einrichtungen sollen gestärkt werden. Dabei kommt den kulturellen Projekten als Erfahrungsund Experimentierfeld eine wesentliche Rolle zu. Wir GRÜNE verstehen uns als Unterstützer-Innen der Freien Szene, der kleinen Kunstkinos, der Galerien, Künstler-Ateliers und all der sogenannten kulturellen Nischen. Hierfür sind zusätzliche, angesichts des Gesamtetats der Stadt geringfügige finanzielle Mittel erforderlich, für die wir uns in den Haushaltsberatungen besonders einsetzen wollen. Insbesondere integrative Kulturangebote für Migrantinnen und Migranten, Kinder und junge Menschen müssen geschlechtergerecht weiterentwickelt und gefördert werden. Unter dem Aspekt, dass Kultur als Bindeglied zwischen unterschiedlichen Milieus dienen kann, müssen sich alle Kultureinrichtungen allen öffnen. Um zielgruppengerechte Angebote machen zu können, setzen wir uns dafür ein, die Kooperation zwischen etablierten Kultureinrichtungen und interkulturellen Einrichtungen noch weiter auszubauen. Wir wollen, dass Kultureinrichtungen jeder Art damit zu Orten der Begegnung werden und damit das gemeinsame Leben in der Stadt beflügeln. Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt die Möglichkeit zur Partizipation an allen Kultureinrichtungen durch passende Angebote zu geben, während gleichzeitig die Einrichtungen neue Zielgruppen erschließen können. Das traditionelle Pfingst-Open-Air-Festival in Essen-Werden muss als wichtiges Ereignis - nicht nur der Jugendkultur - finanziell abgesichert werden. Die Vielfalt der Essener Museumslandschaft ist zu erhalten. Die Stadt sollte das Soul-of- Africa-Museum sowie das Essener Markt- und Schaustellermuseum bei der Suche nach neuen Standorten unterstützen.

KULTUR IST WICHTIGER FAKTOR FÜR WIRTSCHAFT UND STADTENTWICKLUNG

Die Essener Kultureinrichtungen sind sehr wichtig für das Image der Stadt und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Folkwang Museum, Ruhr Museum, Zeche Zollverein, Villa Hügel und die anderen Essener Kultureinrichtungen bringen jedes Jahr hunderttausende Menschen aus dem In- und Ausland nach Essen. Die Folkwang Universität trägt nicht nur zur Internationalität der Stadt bei, sondern ist auch ein wichtiger Arbeitgeber. Die Ansiedlung des Design-Studienganges auf dem Welterbe Zollverein wird zusätzliche Impulse für Existenzgründungen geben.

GRÜNE haben von Anfang an das Kreativviertel City Nord unterstützt, das zu einem wichtigen Motor für die Belebung und Modernisierung der nördlichen Innenstadt geworden ist. Etliche Akteure aus der Kunst und der Kreativwirtschaft haben die Nord-City inzwischen für sich entdeckt. Die City Nord ist inzwischen Bestandteil eines internationalen Netzwerkes von Kreativquartieren. Diese Entwicklung ist nicht nur privatem Engagement (Unperfekthaus, GenerationenKult-Haus, Kreuzeskirche u.a.), sondern auch der Stadtverwaltung zu verdanken, die durch die Anmietung leer stehender Immobilien an der Schützenbahn und in der Viehofer Straße die Ansiedlung von zahlreichen Kreativen ermöglicht hat. Diese besondere Form der Wirtschaftsförderung für Kreative wollen wir verstetigen und weiter ausbauen.

Kultur ist auch die individuelle Kraft, die aus den verschiedenen Stadtquartieren Besonderheiten hervorbringt und diese einzigartig macht. Darum wollen wir auch weiterhin sozio-kulturelle Zentren wie die Zeche Carl in Altenessen, das Grend in Steele, das Katakombentheater in Rüttenscheid oder das Storp 9 im Südostviertel unterstützen. Diese stadtteilorientierten Kulturangebote bieten vor allem Jugendlichen und wenig mobilen Bevölkerungsgruppen Gestaltungsmöglichkeiten.

SYNERGIEEFFEKTE DURCH VERNETZUNG NACH INNEN UND AUSSEN SCHAFFEN

In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Essener Kulturbetriebe noch effizienter organisieren und ihnen ermöglichen, ihre Aufgaben effektiver zu erledigen. Dazu soll die Gründung einer eigenständigeren Betriebsform für die Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Volkshochschule, Haus der Essener Geschichte, Folkwang Musikhochschule und Alte Synagoge geprüft werden, um Doppelstrukturen abzuschaffen und Personaleinsätze besser aufeinander abzustimmen. Wir unterstützen außerdem die Pläne des Kulturdezernates für eine Veränderung der Organisationsstruktur des Museums Folkwang in eine Betriebsform, die den modernen Managementanforderungen eines Museums gerecht werden kann.

Kultur endet nicht an der Stadtgrenze. Kulturprojekte müssen verstärkt in regionaler Verantwortung durchgeführt werden. Wir benötigen zielgerechte Kooperationen mit den Nachbarkommunen zwischen Kultureinrichtungen. Die Städte sollten dabei eigene Profile entwickeln und anderen eigenen Handlungsspielraum überlassen können.

Die Kultur Ruhr GmbH, die in der Nachfolge der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 steht, muss sich noch stärker als bisher als Servicepartner für Kulturschaffende verstehen, insbesondere auch der freien und jungen Kulturszene sowie in den Bereichen Kreativwirtschaft und Interkultur, für die im Ruhrgebiet grundsätzlich ideale Ausgangsbedingungen vorhanden sind.

24. FREIZEIT UND SPORT

DIE VIELFÄLTIGE GESTALTUNG DER FREIZEIT SPIELT EINE IMMER WICHTIGERE ROLLE. SPORT, EINE GESUNDE ERNÄHRUNG UND ERHOLUNGSBEREICHE SIND FÜR ALLE ALTERSGRUPPEN DIE BASIS FÜR GESUNDHEIT UND EIN HOHES MASS AN LEBENSQUALITÄT.

Eine aktive und bewusste Stadtentwicklung muss dem Rechnung tragen. Dazu gehört, dass im direkten Wohnumfeld Bewegung und Sport möglich sind, denn Sport findet oft außerhalb des Vereins statt. Bewegung und Kreativität werden vor allem durch ein anregendes Umfeld gefördert. Das veränderte Sportverhalten außerhalb normierter Sportstätten (Laufen, Walken, Skaten etc.) muss daher bei der Fortschreibung einer Masterplanung berücksichtigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Konzepte wie Lauftreffs und die entsprechende Ausweisung von Strecken ebenso gefördert werden wie vergleichbare Initiativen in anderen Bereichen.

Gerade der Sport kann ein wichtiger Anknüpfungspunkt auch für soziale und kulturelle Integrationsprojekte sein. Er kann Ausgangspunkt für eine sozialräumliche Betrachtung von schulischen, sportlichen und kulturellen Angeboten sein, die die verschiedenen Aspekte des Lernens, der Freizeitgestaltung und der Integration miteinander verbinden.

Sport und Bewegung sind zudem wichtige Bausteine für ein gesundes Leben. Wir wollen daher auch lange bekannte, aber immer noch nicht flächendeckend umgesetzte Projekte, wie die tägliche Sportstunde oder zumindest die täglichen Bewegungsmöglichkeiten insbesondere in die Ganztagsbereiche der Bildung und Betreuung stärker integrieren. Ausdrücklich ist auch die Förderung des Schwimmsports damit gemeint, bei dem die Umsetzung meist nicht an den fehlenden Anlagen, sondern an genügend rettungsfähigen Fachkräften scheitert. Als besonders positives Beispiel für eine aktive Gesundheitsförderung, die gleichzeitig wichtige Infrastruktur sichert, sind die Sport- und Gesundheitszentren der Essener Sportvereine und des Essener Sportbundes zu nennen. Hier hat der organsierte Sport bewiesen, dass er sehr wohl Antworten auf das geänderte Freizeitverhalten und die geänderten Erwerbssituationen hat. Gerade mit Blick auf eine älter werdende Gesellschaft nehmen die Sport- und Gesundheitszentren an Bedeutung zu, was in der zukünftigen Sportpolitik Berücksichtigung finden sollte.

GRÜNE STEHEN FÜR FREIE GESTALTUNGSMÖGLICHKEITEN

Vor allem Kinder und Ältere benötigen Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten im unmittelbaren Wohnumfeld. GRÜNE wollen, dass Freiflächen für alle Kinder geschaffen werden, in denen sie ihre eigene Lebenswelt aktiv in der häuslichen Umgebung erleben und gestalten können. Darüber hinaus sollen im Dialog mit den Wohnungsgesellschaften bestehende attraktive Mehrgenerationen-Spielplätze gefördert und weitere neu geschaffen werden.

INFRASTRUKTUR BESSER NUTZEN - EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT FÖRDERN

Die sich weiter verändernde Schulstruktur erfordert eine massiv veränderte Kooperation zwischen Schulen und Vereinen aber auch Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Besonders Kinder und Jugendliche müssen Räume für eine anregende Freizeitgestaltung erhalten. GRÜNE wollen die Ausweitung der Mehrfachnutzung, beispielsweise die Öffnung von Schulen am Nachmittag und auch an Sonn- und Feiertagen für Freizeitnutzungen erreichen. Wir setzen uns ferner dafür ein, dass Vereine und Schulen noch intensiver kooperieren und die modernisierten Sportanlagen nutzen, um zusätzliche Synergien, insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung, zu erschließen. Gleichzeitig sollte die strikte Trennung von Schul- und Vereinssport aufgebrochen und auch neue Strukturen des Wettkampfs und der Trainingszeiten ermöglicht werden. Hierbei muss die Stadt als Vermittler und Unterstützer auftreten und die Kompetenzen auch des organisierten Sports nutzen. Die fortschrittliche Aufstellung des Essener Sportbundes versetzt alle Beteiligten in die Lage, in vielen inhaltlichen Bereichen als Trendsetter für eine bessere Kooperation und inhaltliche Gestaltung voran zu gehen.

GRÜNE fördern das bürgerschaftliche Engagement und unterstützen den eigenverantwortlichen Betrieb von Anlagen durch Vereine. Daher ist zum Beispiel auch der Erhalt der Schillerwiese als Ausgangspunkt vielfältiger eigenverantwortlicher Sportaktivitäten von zentraler Bedeutung. Dabei muss aber auch klar sein, dass wesentliche Bereiche der Sport- und Freizeitgestaltung außerhalb von Vereinsstrukturen stattfinden. Daher müssen gerade öffentliche Flächen möglichst multifunktionell nutzbar sein, aber gleichzeitig auch Spezialangebote wie Skateranlagen geschaffen werden.

REGIONALE KOOPERATION FÖRDERN

Genauso wie die engere Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen zu einer deutlichen Verbesserung der Infrastruktursituation in Essen geführt hat, müssen wir sportliche Aspekte auch im regionalen Kontext sehen. Gerade große Freizeitanlagen haben oft eine Ausstrahlung weit über die Stadt hinaus. Daher sind gemeinsam mit dem Regionalverband Ruhr und den Nachbarkommunen Konzepte für eine regionale Sportpolitik für Sportanlagen aber auch Veranstaltungskonzepte auszuarbeiten.

GRÜNE STEHEN FÜR DIE VERSTÄRKTE FÖRDERUNG VON BEWEGUNGSANGEBOTEN

In letzter Zeit werden alarmierende Motorik-Defizite gehäuft bei Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien festgestellt. GRÜNE wollen, dass die geschlechterspezifische Bewegungsförderung im Kindergarten und der Schule zu einer wichtigen Erziehungsaufgabe wird. Gerade Jungen sind heutzutage immer mehr von Übergewicht und Bewegungsmangel betroffen und benötigen insbesondere in der Schulzeit Bewegungsmöglichkeiten, um auch Aggressionspotenziale abzubauen. Mädchen benötigen hingegen oftmals besondere Schutzräume, um Sport treiben zu können. Der regelmäßige Schwimm- und Sportunterricht ist gegebenenfalls unter Zuhilfenahme von nichtschulischen Institutionen ebenso sicher zu stellen, wie sonstige Bewegungsangebote. Die zunehmenden Betreuungszeiten im Rahmen der Schule müssen dazu führen, dass Kinder geistig und körperlich gefördert werden.



GRÜNE WOLLEN DEN MASTERPLAN SPORT WEITER ENTWICKELN

Auch GRÜNE haben sich in den vergangenen Jahren für die Umsetzung des Masterplans Sport eingesetzt, der zu einer massiven Verbesserung der Sportlandschaft in Essen geführt hat. Dabei wurde erfolgreich das Prinzip der Zusammenlegung von zwei sanierungsbedürftigen Sportanlagen zu einer modernisierten Anlage praktiziert. Mit mehr als 100 Millionen an Investitionen konnten in den letzten Jahren zahlreiche wichtige Infrastrukturprojekte, wie die Sanierung maroder Schwimmbäder u.a. in Oststadt, Rüttenscheid oder Schonnebeck verwirklicht. Von der Umwandlung zahlreicher Aschesportplätze in Kunstrasensportplätze hat insbesondere der Fußballsport profitiert. Aber auch der Ausbau der Leichtathletikanlage in Überruhr und im Löwental in Werden, die Sanierung der Eishalle West und die umfassende Sanierung der Bezirkssportanlagen in Altenessen und Frohnhausen konnten verwirklicht werden.

Wir GRÜNEN wollen diese positive Entwicklung mit einem Sanierungsprogramm in den nächsten Jahren fortsetzen. Dieses Sanierungsprogramm soll einerseits die Grundlage für eine Instandsetzung von Sportanlagen legen, aber andererseits auch dem geänderten Freizeitverhalten Rechnung tragen. Dazu müssen auch Standorte zurückgebaut werden, die nicht mehr benötigt werden. Gerade bei der Umsetzung des Masterplans Sport hat sich gezeigt, dass die

aktiven Sportlerinnen und Sportler mit einem hohen Maß an Pragmatismus und einem Willen zur Neuorientierung an der Umgestaltung der Sportlandschaft mitwirken und lokale oder persönliche Aspekte hinten anstellen. Nur so konnte der fachlich fundierte Plan zur Umgestaltung und Sanierung verschiedener Sportstätten gelingen. Dabei ist es mehrfach gelungen, Sportvereine näher zueinander zu bringen, ohne dass der für den Sport erforderliche bzw. erwünschte Wettkampfgeist verloren geht.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass besonders jene Anlagen gefördert werden, deren nutzende Vereine ein hohes Maß an eigenem Engagement einbringen. Dazu muss auch gehören, dass Anstrengungen für eine eigene Nachwuchsförderung honoriert und begleitet werden. Wenn verschiedene Vereine auf manchen Anlagen kooperieren, um die Auslastung der Sportstätte und die Qualität der gemeinsamen Betreuung zu optimieren, muss dies ein wichtiges Kriterium bei der Planung von Sanierungs- und Umbaumaßnahmen des Masterplans Sport sein. Gleichzeitig muss der Boom-Bereich des Mädchen- und Freizeitsports ebenso berücksichtigt werden wie der Ausbau qualifizierter Trainings- und Förderstrukturen insbesondere im Kinder- und Jugendbereich. Die Integration von Migrantinnen und Migranten, gerade auch über den Sportund Freizeitbereich, muss verstärkt werden. Sportmöglichkeiten sollen kostengünstig sein.

GRÜNE STEHEN FÜR DIE KONSEOUENTE UMSETZUNG DES BÄDERKONZEPTS

Wir GRÜNEN wollen die Sanierung und Modernisierung der Essener Bäderlandschaft nach einer Aktualisierung des Bäderkonzepts konsequent weiterführen. Wir stehen für eine dezentrale Bäderstruktur mit guten Schwimmangeboten für Schulen, Vereine und Öffentlichkeit. Das Grugabad als größtes Essener Schwimmbad, das gerade von Menschen aus dem Essener Norden und Westen genutzt wird, spielt für uns in einem aktualisierten Bäderkonzept eine entscheidende Rolle. Dieses Bad hat einen enormen Sanierungsbedarf im zweistelligen Millionenbereich, dem wir uns dringend stellen müssen. Wir wollen dieses Bad auch in der jetzigen Größe erhalten und wehren uns gegen eine Salamitaktik einer schrittweisen Reduzierung der Schwimmfläche. Gleichzeitig sollte Essen auch in Bäderbereich die vorbehaltlose Kooperation mit den Nachbarstädten suchen, um Konkurrenzen zu vermeiden und ggf. sogar gemeinsame Konzepte – wie z.B. in Nienhausen – zu verwirklichen.

25. GESUNDHEIT, ERNÄHRUNG UND BEWEGUNG

ESSEN HAT ALS GESUNDHEITSSTANDORT SEIT 15 JAHREN EINEN
HERVORRAGENDEN RUF – ÜBER 750.000 PATIENTINNEN UND PATIENTEN
VERTRAUEN ESSENER KLINIKEN SOWIE ÄRZTINNEN UND ÄRZTEN. GESUNDHEIT
IST ABER AUCH PRÄVENTION. DAZU GEHÖREN GESUNDE ERNÄHRUNG,
AUSREICHENDE BEWEGUNG UND EINE SAUBERE UMWELT.

GRÜNE wollen eine Verbesserung der Gesundheitsstrukturen und der präventiven Gesundheitsvorsorge gerade in den nördlichen Stadtteilen. Hier können und müssen die Familienzentren einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein immer noch drängendes Problem ist die Versorgung von Kindern im Essener Norden. Zwar ist es gelungen, einen weiteren niedergelassenen Kinderarzt zu gewinnen, aber immer noch fehlen dort Therapeuten (Sprach-, Ergotherapeuten, Heilpädagogen). Daher ist es erforderlich, auch für den Essener Norden den Zugang zu einer Interdisziplinären Frühförderstelle zu sichern. Eine mobile, d.h. aufsuchende Frühförderstelle wäre eine denkbare Alternative.

GESUNDHEIT FÜR ALLE

Gerade in Stadtteilen mit hoher sozialer Belastung stellen wir einen zunehmenden Fachärztemangel fest, so dass vor allem ältere Patientinnen und Patienten, aber auch Familien mit kleinen Kindern weite Wege zu einer adäquaten Gesundheitsversorgung auf sich nehmen müssen. Über die Niederlassungserlaubnis von Fachärzten können wir kommunal nicht entscheiden, aber die Gründung von medizinischen Versorgungszentren in Stadtteilen voranbringen.

Das Projekt der Gesundheitslotsen für Migrantinnen und Migranten muss weitergeführt werden. Auch die psychiatrischen Versorgungssysteme müssen sich interkulturell öffnen. Daher unterstützen wir das Vorhaben des Gesundheitsamtes, gemeinsam mit dem VIBB e.V. – Verein zur interkulturellen Beratung und Betreuung - ein Sozialpsychiatrisches Kompetenzzentrum Migration für die MEO-Region beim Landschaftsverband Rheinland zu beantragen. Jugendhilfe und Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie müssen stärker kooperieren.

DROGENHILFEANGEBOTE SICHERN!

Eine langjährige Drogenabhängigkeit sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Allein mit Verboten und Kriminalisierung kann man keine Drogenproblematik verhindern oder Suchtkrankheit heilen, damit ist den Betroffenen und ihren Angehörigen nicht geholfen.

Auf dem Weg zum Ausstieg aus der Abhängigkeit brauchen suchtkranke Menschen vielfältige und differenzierte Maßnahmen, von den risikomindernden Safer Use-Maßnahmen und der Substitutionstherapie bis zu den sozialarbeiterischen Beratungsreihen und den abstinenten Ausstiegshilfen. Die abgestimmten und bedarfsgerechten Hilfen der Suchthilfe direkt begleiten die Suchtkranken durch den oft jahrelangen Prozess der gesundheitlichen und sozialen Rehabilitation. Eine ineinander verzahnte Behandlungskette entspricht dem prozesshaften Suchtverlauf und schafft Kontinuität. Die Schließung einzelner Angebote führt zu fachlichem Stückwerk und stellt den Gesamterfolg in Frage.

Es dient auch der Allgemeinheit, wenn Drogenkonsumenten hygienische und gesundheitliche Aufklärung erhalten oder neuen Mut in Arbeitsmaßnahmen finden. Der überörtliche und landesweit gute Ruf der Essener Suchtarbeit fußt auf langer Erfahrung und innovativen Ansätzen in der Drogenberatung. Der Erhalt des gut aufeinander abgestimmten Hilfesystems der Suchthilfe direkt liegt im Interesse aller Essener Bürgerinnen und Bürger. Dafür werden GRÜNE sich auch in den nächsten Jahren einsetzen.

Wir wollen dem Beschäftigungsprojekt für chronisch mehrfach abhängige Drogenkonsumenten ("Freibierausgabe für fegende Trinker") als Modellprojekt eine Chance geben. Unter der fachkundigen Begleitung der Suchthilfe soll das Projekt der Einstieg in weitere Hilfs- und Beratungsangebote für die Betroffenen sein, die sonst nur schwer zu erreichen sind.

Wir GRÜNE wollen den Anstoß dazu geben, einen Fachplan Gesundheit in Essen aufzustellen. Ein Fachplan Gesundheit verfolgt zwei Ziele: einerseits soll er auf kommunaler Ebene dabei helfen, die Arbeit des Gesundheitsamtes übersichtlicher und transparenter zu gestalten. Zum anderen verspricht er eine bessere Durchsetzung von Belangen der menschlichen Gesundheit in räumlichen Planungsverfahren im kommunalen und regionalen Kontext.

WIR MÖCHTEN IN DEN STADTRAT EINZIEHEN MIT:

1. HILTRUD SCHMUTZLER-JÄGER • 2. ROLF FLISS • 3. CHRISTINE MÜLLER-HECHFELLNER
4. CHRISTOPH KERSCHT • 5. DR. ELISABETH VAN HEESCH-ORGASS • 6. WALTER WANDTKE
7. LISA MEWS • 8. AHMAD OMEIRAT • 9. IRMGARD KRUSENBAUM • 10. ERNST POTTHOFF

11. ELKE ZEEB • 12. MATTHIAS NEUMANN



13. ELISABETH POTTHOFF • 14. DIRK KINDSGRAB

15. GÖNÜL EGLENCE • 16. DR. JÜRGEN SCHULTE • 17. ANGELIKA GABRIEL-MEIER

18. MORITZ BALZ • 19. HEIDE KIECKBUSCH-KÜHNER • 20. JAN KARSTEN-MEIER

21. NEVGÜN ATTILA-KIRAN • 22. TILL BRINKMANN • 23. CHRISTIANE WANDTKE

24. STEFAN RIESNER • 25. DORIS EISENMENGER • 26. MARTIN HASE

27. URSULA SCHWEITZER • 28. MEHRDAD MOSTOFIZADEH • 29. EVA BEDNAREK

30. ULRICH PABST • 31. JOACHIM DRELL • 32. MARTIN IMBRUCH



Impressum

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Essen, Kopstadtplatz 13, 45127 Essen, kv@gruene-essen.de www.gruene-essen.de

